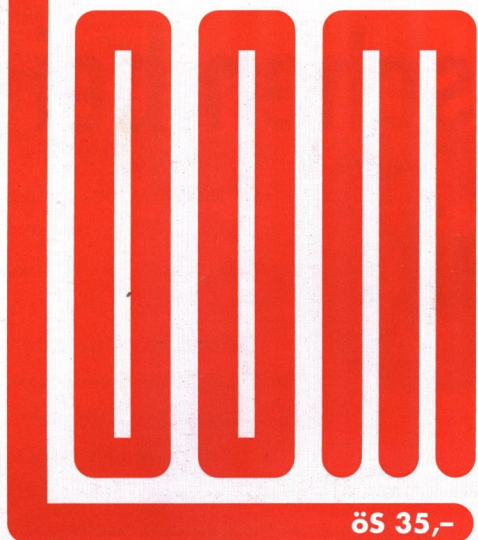


6/96



öS 35,-

Zeitschrift für Politik und Kultur

Vormals EKG und ZAM

20 Jahre ARENA-Besetzung

Interview Uri Avnery

Österreichs Abwehrkampf
gegen die Erinnerung

Anständige Menschen bei der Arbeit

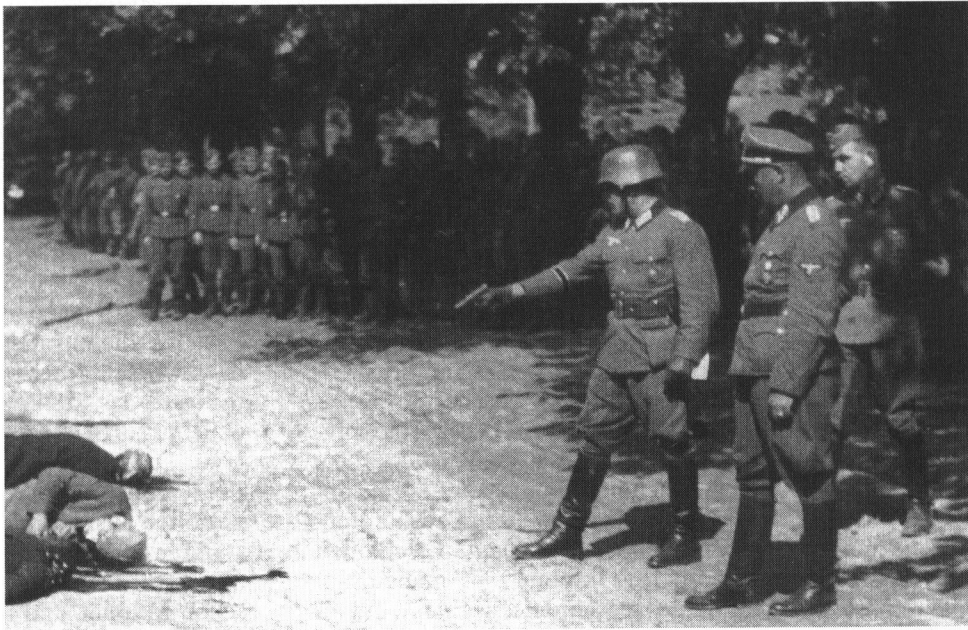


Foto (Ausschnitt): Gerhard Gronefeld; Erschießung in Pančevo, 22. April 1941.

"Und das ist eine Basis, meine lieben Freunde, die auch an uns Junge weitergegeben wird, von der wir letztlich auch leben. Und daher haben wir gemeinsam mit Euch die Aufgabe, etwa dafür zu sorgen, daß Ausstellungen, wie sie heute von Deutschland nach Österreich hereinkommen, um über die Wehrmacht aufzuklären, wo also plötzlich die Wehrmacht, die Teilnehmer und Angehörigen der deutschen Wehrmacht als Verbrecher dargestellt werden. Es ist jetzt üblich! Auch bei uns in Österreich läuft eine Ausstellung mit derartigen Unterstützungen von seiten der öffentlichen Hand, denn dafür haben wir ja das Geld. Wir geben Geld für Terroristen, wir geben Geld für gewalttätige Zeitungen, wir geben Geld für arbeitsscheues Gesindel, aber wir haben kein Geld für anständige Menschen!"

Liebe Leserin, lieber Leser!

Leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß in der **ZOOM** noch immer nicht die Redaktionskrise ausgebrochen ist. Wir wissen immer ganz genau, was zu tun ist und wer wen vertritt. Auf Auslandsaufenthalte, Wahlkampfeinsätze und Krankheiten reagieren wir gelassen. Wir beherrschen Krisenmanagement, die Vertretungsbefugnisse sind klar geregelt! Wir haben, gut organisiert, wie wir sind, den langen Winter genutzt und bei Dieter Schrage Informationen über den „heißen Sommer '76“ (siehe Seite 16) eingeholt. Was der israelische Friedensaktivist Uri Avnery bei dem Anfang Juli geführten Gespräch (siehe Seite 4) befürchtet hat – eine neue Intifada – ist bereits eingetreten. Als Nachlese zur Kärntner Wehrmachtsausstellung bringt **ZOOM** ab Seite 22 die Eröffnungsrede und einen Vortrag von Peter Gstettner über den „Abwehrkampf gegen die Erinnerung“.

Das Interview mit Oliver Rathkolb (siehe Seite 10) ist der erste der versprochenen Nachträge zur Broschüre „Es muß nicht immer Gladio sein“. Weitere werden folgen. Die Broschüre wird übrigens am 28. Oktober im Rahmen einer gemeinsamen Diskussionsveranstaltung mit dem Republikanischen Klub vorgestellt.

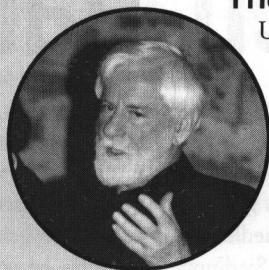
Wir hoffen, auch diesmal eine interessante Auswahl an Artikeln getroffen zu haben.

Die **ZOOM**-Redaktion

Hinweise in eigener Sache

Unser Layouter verläßt uns in Richtung London. Wir sagen zum Abschied leise Servus und suchen nun jemanden, der in Zukunft die **ZOOM** layoutiert und redaktionell mitarbeiten will.

Die Arge für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit hat ein besonderes Herbst-Angebot: Alle, die noch heuer Mitglied der Arge werden (öS 500,- bzw. ermäßigt 350,-; beinhaltet ein **ZOOM**-Abo), erhalten ein T-Shirt „Asyl für Deserteure“ gratis. Einzahlungen bitte mit beiliegendem Erlagschein.



ISRAEL

Friedensprozeß statt Frieden.....4

Uri Avnery über Inifada und israelische Friedensbewegung

NATO NEU

Fit für den Frieden?8

Auf dem Weg zu einem militärischen Interventionsorgan

WAFFENLAGER

Covert operations10

Oliver Rathkolb über die Hintergründe der österreichischen CIA-Waffenlager

IRAK

Großmachtstreben in Kurdistan.....15

Der Angriff der irakischen Armee ist eine Folge des Einmarsches iranischer Truppen

BESETZUNG

20 Jahre ARENA – was hat es gebracht?16

Dieter Schrage über die ARENA-Besetzung im Oktober 1976

PORTRÄT

Von langen Reisen & Aufenthalten ...18

Interview mit der Autorin Ruth Aspöck

MAIL ART

Head Networking Japan21

Dada, Fluxus & Godzilla

WEHRMACHTSAUSSTELLUNG I

Inmitten des Wahns.....22

Eröffnungsrede von Elisabeth Reichart

WEHRMACHTSAUSSTELLUNG II

Jenseits des Krieges.....23

Ein neuer Film von Ruth Beckermann

WEHRMACHTSAUSSTELLUNG III

Abwehrkampf gegen die Erinnerung24

Peter Gstettner über Mechanismen des Vergessens und Umdeutens

ZIVILDIENTST

Militärische Notwendigkeiten29

Österreich erhält das restriktivste Zivildienstgesetz der EU

Impressum.....21

Friedensprozeß statt Frieden

Uri Avnery war Abgeordneter der Knesseth, friedenspolitischer Berater verschiedener Regierungspolitiker (u. a. auch von Bruno Kreisky). Heute ist er prominenter Aktivist der israelischen Friedensbewegung, Publizist und Journalist in Tel Aviv.

ZOOM: *Wie sehen Sie die Chancen für den Friedensprozeß im Nahen Osten nach dem Regierungswechsel in Israel?*

Uri Avnery: Der sogenannte Friedensprozeß ist im Stocken. „Friedensprozeß“ setze ich immer in Gänsefüßchen, denn man hat sehr oft den Eindruck, daß der „Friedensprozeß“ ein Ersatz für den Frieden ist. Das heißt, daß der Prozeß an sich ein Selbstzweck ist und die Leute vergessen macht, daß es um Frieden geht.

Es ist klar, daß eine Anti-Friedensregierung ans Ruder gekommen ist. In dieser Regierung sind die extrem Rechten vertreten, die extrem Religiösen und die Siedler. Sie wird es sehr schwer haben, überhaupt einen kleinen Schritt zum Frieden zu machen. Die Ideologie der Regierung ist gegen das Osloer Abkommen. Dazu muß man sagen, daß schon das Osloer Abkommen kein besonders gutes Abkommen war. Auch die vorherige Regierung hat sehr gezögert und geschwankt, bevor sie auch nur einen Schritt zum Frieden gemacht hat. Jetzt hat sich die Lage noch verschlimmert. Es ist sehr schwer vorauszusehen, wie sich diese Regierung im Verlauf der nächsten Jahre benehmen wird.

ZOOM: *Welche Steine liegen am Weg zum Frieden im Nahen Osten?*

Avnery: Die Regierung wird verschiedenem Druck von verschiedenen Richtungen ausgesetzt sein. Von innen wird sie Druck gegen jede Kon-

zession den Palästinensern und den Syrern gegenüber haben. Von seiten der Siedler wird es Druck geben, neue Siedlungen aufzubauen oder bestehende Siedlungen zu erweitern. Noch stärker wird der Druck sein, weitere Siedlungen im annektierten Gebiet von Jerusalem zu gründen.

Auf der anderen Seite wird Druck von seiten der Amerikaner bestehen, den „Friedensprozeß“ weiterzuführen. Der amerikanische Druck wird erst – wenn überhaupt – nach den amerikanischen Wahlen eintreten. Bis zu den Wahlen kann man überhaupt keinen Druck erwarten, sondern im Gegenteil die Unterstützung dieser Regierung. Denn es spielt bei den amerikanischen Wahlen die jüdische Lobby eine große Rolle. Diese ist mindestens zur Hälfte gegen Frieden und gegen Rabin gewesen. Die andere Hälfte unterstützt die Regierung Israels unter jeder Bedingung. Jetzt haben wir also 100 Prozent der amerikanischen Juden, die diese Politik von Netanyahu unterstützen. Kein amerikanischer Kandidat kann das ignorieren. Wir können einfach nicht erwarten, daß Clinton vor den Wahlen irgendetwas tun wird, um irgendeinen Druck auszuüben, der von den organisierten amerikanischen Juden als antiisraelisch gedeutet wird.

Die arabischen Staaten üben natürlich Druck auf Amerika aus. Denn alle proamerikanischen arabischen Regime haben eine Heidenangst, daß, wenn der „Friedensprozeß“ zum Stocken kommt, die Stimmung in der arabischen Welt zugunsten der islamischen Fundamentalisten umschlagen wird. In Ägypten, Jordanien, den Golfstaaten und Saudi-Arabien werden die Fundamentalisten, die meistens noch isolierte Elemente sind, einen ganz anderen Charakter annehmen, wenn sich die arabische Öffentlichkeit gegen Amerika wendet, wenn die arabische Öffentlichkeit zu der Überzeugung kommt, daß der ganze „Friedensprozeß“ nur ein Betrug war, nur ein amerikanisch-

israelischer Kniff. Das wird der Hamas-Bewegung bei den Palästinensern und den parallelen Bewegungen einen gewaltigen Auftrieb geben.

Dazu muß man den Druck von innen zählen. Es hängt davon ab, ob und wie sich die Friedensbewegung aufrafft, um von unten Druck auf die Regierung auszuüben. Und vielleicht als Hauptelement, der Druck von seiten der Palästinenser. Die Palästinenser haben keine Machtmittel, um auf Israel Druck auszuüben. Aber wenn es zu einer weiteren gewalttätigen Auseinandersetzung kommt, zu einer Intifada mit einem neuen Charakter, dann wird auch das auf die Regierung Druck ausüben.

Es ist schwer vorauszusehen, wie diese verschiedenen Bedingungen in den nächsten drei, vier Jahren aufeinandertreffen werden und welche Elemente ausschlaggebend sein werden. Ich würde nicht wagen, da heute Propheteiungen darüber abzugeben.

ZOOM: *„Land für Frieden“ als Formel wurde von Netanyahu durch die Formel „Sicherheit für Frieden“ ersetzt. Hat das neue Konflikte verursacht? Sind deswegen Kriegsanklässe in der nächsten Zukunft zu befürchten?*

Avnery: Die Frage ist, was man Krieg nennt. Wir haben zwei verschiedene Fronten: die palästinensische und die syrisch-libanesischen. Die Palästinenser unter Yassir Arafat werden solange Geduld haben, wie sie können. Sie sind am Charakter der Netanyahu-Bewegung und dem fehlenden amerikanischen Druck noch nicht ganz verzweifelt. Sie warten noch. Sie glauben vielleicht diesen Parolen, daß Netanyahu in Wirklichkeit ein Pragmatiker wäre, und all diesen Unsinn. Das könnte sie veranlassen zu warten. Man muß immer bedenken, daß, wenn der „Friedensprozeß“ offiziell zusammenbricht, dann auch Arafat und seine palästinensische Regierung in einer Zwangslage sind. Und das ist auch der Grund, warum er versucht, das zu verschieben, solange er kann. Denn wenn endgültig feststeht, daß der „Friedensprozeß“ gescheitert ist,

dann ist die nächste Frage für die Palästinenser, was tun wir denn jetzt? Die Opposition der Hamas-Bewegung, der islamischen Fundamentalisten bei den Palästinensern, ist vorläufig noch lahmgelegt. Weil die öffentliche Meinung bei den Palästinensern dem Frieden noch eine Chance geben will. Wenn die öffentliche Meinung bei den Palästinensern zu der Überzeugung kommt, daß das zu Ende und eine Illusion ist, daß es ein Betrug ist, dann wird die Hamas-Bewegung bei den Palästinensern ganz andere Möglichkeiten als heute haben. Wenn es so weit ist, wird Arafat nicht solange warten bis die Hamas-Bewegung in der Öffentlichkeit siegt, sondern er wird ihr zuvorkommen, und er wird selbst das tun, was die Hamas-Bewegung tun will. Das heißt, wenn es wirklich zum Stocken kommt, dann wird früher oder später eine neue Runde der Gewalt bei den Palästinensern ausbrechen, eine neue Intifada. Das ist so eine Schlagwort, da muß man bedenken, daß es nicht eine Wiederholung der alten Intifada wird, denn heute herrscht auf dem Boden eine ganz andere Situation vor.

Wir haben heute praktisch einen palästinensischen Staat im Ghazastreifen, palästinensisch verwaltete Städte im Westjordanland. In allen diesen Orten gibt es palästinensische Streitkräfte, Polizei genannt, aber zum großen Teil militärisch: ungefähr 40.000. Das ist eine neue Situation, und keiner weiß, wie sich die benehmen werden. Das ist keine militärische Gefahr für Israel. Die Übermacht Israels ist so unglaublich gewaltig, daß das gar keine Frage ist. Aber wenn eine Reihe von Gewalttaten oder eine Art Volksaufstand zustande kommt, dann ist es sehr fraglich, wie Israel darauf reagieren kann. Denn die Idee, diese Städte und besonders den Ghazastreifen zurückzuerobern – das ist militärisch nicht sehr schwer –, ist unpopulär. Das würde ja alles, was in den letzten Jahren erreicht wurde, zunichte machen, und es würde die arabischen Staaten geradezu dazu zwingen, die Beziehungen mit Israel, die sie gerade aufgenommen haben, abubrechen. Das bedeutete einen schrecklichen Schlag für König Hussein, Präsident Mubarak und König Fahd. Das wäre auch ein

gewaltiger Rückschlag für die amerikanische Politik im Nahen Osten.

ZOOM: Wann befürchten Sie eine Eskalation an dieser, wie sie es genannt haben, ersten Front?

Avnery: Das sind alles Sachen, die man konstatieren, aber die man nur sehr schwer prognostizieren kann – was und wann geschehen wird. Ich habe beispielsweise ein Jahr vor der Intifada eine Art futuristische Geschichte veröffentlicht, in der ich die Intifada geschildert habe, wie ich sie mir damals vorgestellt habe – im Prinzip dasselbe, aber in anderer Form. Trotzdem hat einen Tag vorher keiner geahnt, daß morgen früh die Intifada ausbricht. Wenn die Bedingungen für so etwas bestehen, dann kann sie jederzeit ausbrechen. Da genügt der kleinste Anlaß, irgendein Vorwand. Es war damals ein Verkehrsunfall, der auslösend war. Wer weiß, wann, wo und wie es passieren wird? Aber die Gefahr besteht, und dann kann es zu einer sehr gewalttätigen Auseinandersetzung kommen, die alle möglichen Formen annehmen kann: von Selbstmordaktionen wie Sprengung von Autobussen usw. bis zu Auseinandersetzungen mit den palästinensischen Streitkräften, Angriffen auf Siedlungen ...

ZOOM: Worin besteht die zweite Hauptfront?

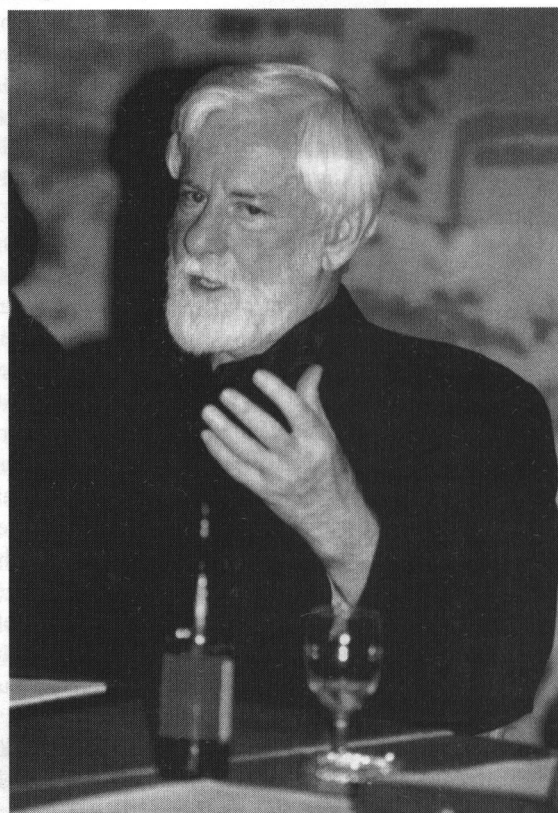
Avnery: An der anderen Front, der syrisch-libanesischen, ist die Situation noch schlimmer. Bei den Palästinensern ist es noch nicht so eindeutig, denn die Regierung wird gezwungen sein, einige Zugeständnisse, den alten Abkommen entsprechend, zu machen. Ich weiß nicht, irgendetwas wird passieren. Netanyahu wird Arafat treffen. Dabei braucht gar nichts herauszukommen, aber das Treffen selbst ist bereits ein Akt, und ich nehme an, daß am Ende Netanyahu einen Teil Hebrons räumen wird. In Wirklichkeit ist der größte Teil Hebrons von der israelischen Armee bereits geräumt. Es braucht nur offiziell zugegeben zu werden.

An der syrischen Front ist das bei weitem schroffer. Da ist überhaupt nichts im Gange. Denn Rabin und Perez haben versprochen, den ganzen Golan zu räumen. Es ging überhaupt nur noch um ein paar Kilometer. Aber im Prinzip ist man einverstanden gewesen, den ganzen Go-

lan zu räumen. Die heutige Regierung sagt, nichts wird geräumt. Es besteht also überhaupt keine Basis für die Wiederaufnahme von Verhandlungen. Wenn dem so ist, wird Präsident Assad ganz sicherlich die Hisbollah dazu benutzen, um militärischen Druck auf Israel auszuüben. Die Kämpfe mit der Hisbollah im Libanon werden sich verstärken und bei weitem blutiger werden. Die Hisbollah ist heute eine reguläre Armee, stark motiviert, hauptsächlich vom Iran unterstützt. Sie hat eine doppelte Funktion: Befreiungsarmee gegen die israelische Besatzung im Südlibanon zu sein und zur selben Zeit eine fanatische religiöse „Heilige Krieg“-Truppe. Assad nutzt das aus, um auf Israel Druck auszuüben.

ZOOM: Die Gefahr dieser direkten Konfrontation Israels mit Syrien besteht ihrer Wahrnehmung nach nicht?

Avnery: Die Möglichkeit, daß zwischen Israel und Syrien direkte Feindseligkeiten ausbrechen, ist unwahrscheinlich. Aber ich würde es nicht ganz ignorieren. Assad kann sich eines Tages sagen, ich mache den Krieg. Ich werde den Krieg zwar verlieren, aber ein verlorener Krieg, der alles wieder in Bewegung bringt, ist besser als die Situation, in der alles erstarrt und aussichtslos ist. Ich habe Golda



Meir seinerzeit gewarnt, daß die Ägypter das tun würden. Die hat mich praktisch ausgelacht, und dann kam der Yom-Kippur-Krieg. Bei dem war allen Arabern klar, daß sie ihn verlieren würden. Der Erfolg, den sie am Anfang hatten, hat sie selbst und alle überrascht. Sie haben den Krieg angefangen, obwohl sie wußten, daß sie den Krieg verlieren würden. Mit

Im Grunde verstehen Israelis und Amerikaner die arabische Welt nicht. Sie verstehen nicht, wo die arabische Solidarität besteht.

dieser Idee, daß es besser ist, den Krieg zu verlieren, aber alles wieder in Gang zu bringen. Das heißt, diese Gefahr ist nicht ganz außer acht zu lassen. Ich würde aber sagen, sie hat eine geringere Bedeutung.

ZOOM: *Die Beziehungen zwischen Türkei und Syrien, die sich kurze Zeit entspannten, spielen hier in diesem Zusammenhang keine wesentliche Rolle? Gleichzeitig hat die Türkei ja noch ein aufrechtes Sicherheitsabkommen mit Israel.*

Avnery: Es ist eine ganz alte israelische Idee – was eigentlich zeigt, wie wenig sich verändert hat seit den Zeiten Ben Gurions –, einen Ring der Peripherie herzustellen. Das heißt, die arabische Welt ist unser Feind, also versuchen wir ein Bündnis mit allen antiarabischen Staaten zu machen, die die arabischen Staaten umringen, nämlich: Türkei, damals der Iran des Schah, Äthiopien, sogar Tschad war dabei.

Jetzt sind wir auf dem Weg zum Frieden mit der arabischen Welt, und trotzdem wurde – noch von der Arbeiterpartei – diese alte Idee wiederbelebt, ein Militärbündnis mit der Türkei, das gegen Syrien und die arabische Welt gerichtet ist, einzugehen. Ich habe die Logik dabei nicht ganz verstanden. Aber es zeigt doch nur, daß die alten Ideen noch nicht gestorben und die neuen noch nicht wirklich im Bewußtsein verankert sind. Dieses Bündnis steht jetzt mit der neuen Regierung in der Türkei in Frage. Es ist ein Druckmittel auf Syrien, aber nicht nur auf Syrien.

Im Grunde verstehen Israelis und Amerikaner die arabische Welt nicht. Sie verstehen nicht, wo die ara-

bische Solidarität besteht. Es ist sehr offensichtlich, wo sie nicht besteht. Wo sie verschiedene Interessen haben und gegeneinander kämpfen usw. Aber unter alledem ist bei den Massen der Völker eine sehr starke Strömung der Solidarität im Gange. Und die Bedrohung Syriens durch ein Bündnis zwischen Türkei und Israel wird auf alle arabischen Völker einen psychologischen Einfluß haben. Das sieht man schon an Ägypten. Mubarak, Hussein und Arafat haben sich mit Assad versöhnt. Weil die Bedrohung der Araber durch die Türken – ein bei den Arabern überaus verhaßtes Volk – Reaktionen in der ganzen arabischen Welt erzeugt. Es handelt sich bei denen, die das Bündnis Israel-Türkei geschmiedet haben, um Militärs, die diese Effekte nicht bedacht haben. Militärs denken bekanntlich in sehr primitiven Kategorien.

ZOOM: *Gibt es Handlungsspielräume, und entsteht durch die neue Regierung ein Neuaufbruch für die Friedensbewegung in Israel? Gibt es überhaupt noch eine Friedensbewegung, sammeln sich die Gruppen und Initiativen neu, und wo setzen die inhaltlich an?*

Avnery: Friedensbewegung ist so eine euphemistische Beschreibung. Es hat nie eine Friedensbewegung gegeben, sondern verschiedene Organisationen. Und ich würde sagen, hauptsächlich gibt es zwei Tendenzen. Als Rabin und die Arbeiterpartei an die Macht kamen, hat sich die größte Friedensbewegung Peace Now – Frieden Jetzt, Shalom Achschaw – Rabin zur Verfügung gestellt und sich praktisch zur Ruhe gesetzt. Sie hat jede Aktion eingestellt und im Laufe der drei Jahre so gut wie überhaupt nichts getan, weil sie gesagt hat, jetzt sind wir an der Regierung, Rabin macht Frieden. Wir dürfen diese Regierung nicht kritisieren, wir müssen sie bedingungslos unterstützen, und sie gegenüber der Rechten nicht schwächen. Und so hat Peace Now praktisch alles angenommen, was Rabin angestellt hat: die Deportation der 415 islamischen Sympathisanten am Anfang; dann die Nichteinhaltung der Termine aus dem Osloer Abkommen unter der Parole, keine Termine sind heilig; die Nichtfreilassung eines großen Teils der palästinensischen Häftlinge; die Weiterführung der Besiedlungen.

Man darf nie vergessen unter Rabin und Perez hat sich die Siedlerbevölkerung um 40 Prozent vergrößert. Die Siedlerpolitik ist forciert weitergegangen. All das hat Peace Now mehr oder weniger ohne Protest angenommen. Auch weil Peace Now sehr stark mit der Arbeiter- und der Meretz-Partei verbunden ist, praktisch von diesen beiden kontrolliert wird. Der Führer von Peace Now hat sich zur Wahl für die Arbeiterpartei zur Verfügung gestellt. Das hat dazu geführt, daß Peace Now in den letzten drei Jahren überhaupt nichts getan hat und die Straße den Rechtsradikalen überlassen hat. Alle Demonstrationen, die man gesehen hat, waren rechtsradikal.

Dann gibt es die zweite Tendenz, meine Freunde und ich haben am Anfang der Rabin-Regierung eine neue Friedensbewegung aufgestellt, genannt Gush Shalom, Friedensblock. Die hat gesagt, wir unterstützen das Osloer Abkommen, aber wir protestieren, kritisieren, gehen auf die Straße. Wir haben seitdem mehr als hundert Demonstrationen veranstaltet. Obwohl wir überhaupt kein Geld bekommen und gar nicht die Möglichkeiten wie eine Bewegung wie Peace Now haben. Aber wir haben durch unsere Aktivitäten eine Unzufriedenheit von unten innerhalb von Peace Now erzeugt und dadurch Peace Now selbst in Bewegung gebracht. Zu der zweiten Tendenz würde ich zum Beispiel die Gruppe von israelisch-palästinensischen Ärzten zählen, die wunderbare Sachen in den besetzten Gebieten machen ...

Ein dritter Faktor: Seit dem Vorabend der Ermordung Rabins hat sich eine Bewegung von Anhängern Rabins gebildet, mit sehr starker finanzieller Unterstützung von einigen Millionären, für die Leute wie wir viel zu radikal sind. Die Demonstration, bei der Rabin ermordet worden ist und bei der wir alle natürlich teilgenommen haben, war organisiert von dieser Bewegung. „Eine ganze Generation ist für den Frieden“ – im Hebräischen so ein Wortspiel. Die ist auch noch da, aber die ist noch gemäßiger als Peace Now. Sie hat die Mittel, alle mögliche Sachen zu veranstalten.

In dieser neuen Situation, wo die Arbeiterpartei nicht an der Regie-

rung und Peace Now auch nicht im Parlament ist, besteht die Hoffnung, daß auch Peace Now wieder aktiver wird. Besonders wenn die Regierung Sachen unternimmt, die bei Peace Now und diesen Leuten Erregung hervorruft. Man muß immer bedenken, um überhaupt zu verstehen, was Peace Now ist, daß sie keine Mitglieder hat. Peace Now hat einen kleinen Kern von ein paar Dutzend Aktivisten, eine Führung, die nie von jemandem gewählt wurde, die ist einfach da, bald schon seit 15 Jahren unverändert. Sie ist eine Art Miliz. Wenn wir Gush Shalom mit einer Kommandotruppe vergleichen, so würde ich Peace Now mit einer Miliz vergleichen. Deren Aktionsfähigkeit hängt davon ab, daß die Erregung in einem genügend großen Teil der Bevölkerung da ist. Peace Now kann nicht 100.000 Leuten befehlen, zum Rabin-Platz nach Tel Aviv zu kommen. Darum hat sie auch oft Angst zu Demonstrationen aufzuruft, weil dann statt 100.000 plötzlich nur 100 Menschen da sind. Das ist ihnen schon mehrmals passiert. Auch, daß unsere Aktion größer war als ihre. Peace Now ist darauf angewiesen, daß etwas passiert. Nach dem Massaker von Sabrah und Shatila waren fast 400.000 Menschen da. Es besteht also die Hoffnung, daß das langsam wieder in Gang kommt und daß dann die Friedensbewegung ein wichtigerer Faktor wird, als sie es heute ist.

Vorläufig sammeln wir die Basis für neue Aktionen. Wir gehen zum Beispiel nächsten Samstag mit 50 führenden Journalisten zu Jassir Arafat nach Ghaza. Wir werden eine Rundfahrt in Ghaza machen. Dasselbe haben wir vor zwei Wochen in Hebron gemacht. Daß die überhaupt sehen, wie diese verrückte Situation dort heute aussieht. Wir wollen eine breitere Schicht von Meinungsmachern gewinnen. Das Hauptziel unserer Organisation ist, durch die Medien an die Öffentlichkeit zu kommen.

ZOOM: Gibt es Yesh Gvul und die selektiven Wehrdienstverweigerer noch?

Avnery: Es gibt zwei verschiedene Arten von Verweigerern. Prinzipielle Kriegsdienstverweigerer gibt es so gut wie gar nicht mehr. Einer der drei ist ausgewandert. Was wichtig war, ist

die Organisation Yesh Gvul, deren Mitglieder speziell den Dienst im Libanon und in den besetzten Gebieten verweigert haben. Im Libanon sind 150 Verweigerer in die Gefängnisse gekommen und in den besetzten Gebieten auch einige Dutzend. Obwohl die Erscheinung bei weitem größer war. Denn unsere Armee ist nicht so blöd wie die meisten. Es hängt immer von den direkten Vorgesetzten ab, wie die reagieren. Meistens haben die Vorgesetzten gesagt: „Weißt Du was, wir erledigen das in Ruhe. Du willst hier nicht dienen, geh in eine Kaserne nach Tel Aviv und mach dort Küchendienst.“

Die offizielle Bewegung ist kleiner gewesen, als sie hätte sein können, obwohl in der Friedensbewegung darüber immer eine sehr starke Diskussion stattgefunden hat. Leute haben fanatisch dafür argumentiert. Für die war das Alpha und Omega der Friedensarbeit die Verweigerung. Andere Leute haben gesagt, es ist ein Fehler, denn in der Situation in den besetzten Gebieten ist es gerade wichtig, daß diese Leute dort anwesend sind. Denn sehr oft hängt das Leben anderer Leute davon ab, daß jemand da ist, der nein sagt. Daß jemand, der mitten in einer arabischen Stadt die Wahl hat zu schießen oder nicht oder den Leuten die Knochen zu brechen oder nicht, guten Willens ist. Ein einziger Mensch, der dabei ist und sagt: „Du hör mal, das können wir nicht tun, das sollen wir nicht tun“, kann auslösen, das zu verhindern. Und wenn es doch passiert, daß Zeugen da sind, die aussagen können. Daher war das für uns immer ein Problem. Peace Now war absolut gegen Verweigerung, die Meretz-Partei auch.

Ich selbst war Soldat, und ich muß sagen, ich war im inneren Widerstreit. Einerseits hat die moralische Entscheidung eines einzelnen, zu sagen, ich diene nicht, einen moralischen Wert, der wirkt. Andererseits war ich mir sehr bewußt, daß die Anwesenheit von anständigen Soldaten an wirklich vielen Plätzen in den besetzten Gebieten auch sehr großen Wert hat. Und deswegen habe ich mich nie ganz entschieden, wofür ich eigentlich bin. Ich habe beide unterstützt.

ZOOM: Was wären die Aufgaben für europäische Friedensarbeit in bezug

auf die israelische Friedensbewegung?

Avnery: Es gibt da eine gewisse Zurückhaltung. Es gibt massenhafte Unterstützung für humanitäre Arbeit, für was weiß ich: Schülerbegegnungen zwischen palästinensischen und israelischen Kindern ... Als ob das irgendeinen Sinn hätte. Ich würde sagen, es ist nicht wertlos und hat einen gewissen Sinn, aber für wirklich politische Aktionen, um die es eigentlich geht, für die ist keine Unterstützung und kein Geld da.

Wir haben in Israel Dutzende von Organisationen, die wir überhaupt nicht kennen. Die existieren auf dem Briefbogen und holen massenhaft Geld aus dem Ausland. Zum Beispiel von der EU. Ich habe eine Organisation kennengelernt, ich nenne sie nicht mit Namen, die haben ein

Sehr oft hängt das Leben anderer Leute davon ab, daß jemand da ist, der nein sagt.

wunderbares Büro. Ich bin vor Neid geplatzt. Wo kommt das Geld her, habe ich sie gefragt? Sie bekommen von der EU eine viertel Million Dollar. Das ist eine ganze Industrie und Inszenierung mit Hochglanzbrochüren und Scheintreffen ...

Aber die Leute haben vielleicht Hemmungen, wirklich politische Aktionen zu unterstützen, die gegen die Regierung gerichtet sind. Vor allem die Leute aus Österreich und Deutschland, die sagen, gegen die Regierung in Israel, das ist nicht schön – die haben dann moralische Angst.

ZOOM: Da wäre eine etwas andere Partnerschaft für politischen Frieden gefordert.

Avnery: Ich würde sagen, ja. Netanyahu hat Dutzende Millionäre, die ihn unterstützen. Auf der anderen Seite ist sehr wenig Geld, das fließt so wischwaschi für nette Sachen. Ich finde das ja ganz nett, aber was hat das damit zu tun, was wirklich passiert.

ZOOM: Herzlichen Dank für das Gespräch.

Das Interview führte Peter Steyrer Anfang Juli im Rahmen der Sommerakademie in Schlaining.

Fit für den Frieden?

Combined Joint Task Forces: die NATO auf dem Weg zu einem militärischen Interventionsorgan für Konflikte in aller Welt.

VON NICOLA SCHMIDT

Endlich müssen die Europäer „nicht immer ihre amerikanischen Freunde zu Hilfe rufen, wenn es irgendwo brennt“. ¹ Denn auf ihrer Frühjahrstagung im Juni hat die NATO das Konzept der Combined Joint Task Forces (CJTF) – Alliierte Streitkräftekommandos – verabschiedet, welches militärische Interventionen der europäischen NATO-Mitglieder mit Rückgriff auf NATO-Strukturen, aber ohne Beteiligung der USA möglich machen soll. Dies ist das Hauptsignal der „neuen“ NATO, die in Berlin von ihren Mitgliedstaaten zu einer Interventionsorganisation erklärt wurde. Zu ihrer traditionellen Aufgabe der kollektiven Verteidigung gegen einen Angriff auf das Bündnisgebiet kommt die Projektion von Sicherheit und Stabilität in Europa und der Welt – ein Euphemismus für die weltweite militärische Verteidigung eigener Interessen – und die Aufgabe der „Befriedung“ von Krisen und Konflikten out of area, außerhalb des Bündnisgebietes.

Die Erfahrung lehrt, daß militärische Bündnisse wie die NATO mit dem Wegfall ihres gemeinsamen Gegners zerbrechen. Mit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes, der Auflösung des Warschauer Paktes und dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991



stellte sich die Frage nach dem Sinn des Fortbestehens

des transatlantischen Bündnisses. Um in dieser veränderten Welt nicht überflüssig zu werden, verschaffte sich die NATO neue Aufgaben. Auf der Tagung der Staats- und Regierungschefs des Nordatlantikrates im November 1991 in Rom wurde das neue strategische Konzept (MC 400) des Bündnisses verabschiedet, welches Krisenmanagement und „peace support operations“ zu zentralen Aufgaben des Bündnisses ernannte. ² Der Militärausschuß der NATO schrieb 1993 mit dem MC 327 (NATO Military Planning for Peace Support Operations) die internen Grundlagen für künftige „Friedens“einsätze der NATO fest. Nach dem MC 327 liegt die generelle politische Verantwortung für friedensunterstützende Maßnahmen der NATO bei der UNO oder der OSZE. Deren Mandat ist als Legitimationsgrundlage gern gesehen, die NATO beansprucht jedoch den militärischen Oberbefehl. ³ Obwohl das MC 327 politisch nicht gebilligt und nie offiziell verabschiedet worden ist, wird es weiterhin intern als Grundlage für die militärische Planung benutzt. ⁴ Seine Inhalte sind in die Neufassung des MC 400, das MC 400/1 eingegangen, das im November 1995 vom Militärausschuß gebilligt und von den Außenministern in Berlin verabschiedet wurde. ⁵

Combined Joint Task Forces

Das Konzept der CJTF wurde schon seit 1993 im Militärausschuß diskutiert. Auf dem NATO-Gipfel im Januar 1994 (vgl. ami 2/94, D-9) wurde seine Konkretisierung beschlossen. Die CJTF sollen die NATO befähigen, militärische Operationen außerhalb des Bündnisgebietes und gemeinsam mit Nicht-NATO-Staaten durchzuführen. Sie können auch für Einsätze unter Leitung der Westeuropäischen Union (WEU) zur Verfügung stehen. ² Die CJTF sollen aus nationalen und multinationalen Verbänden (Combined) und verschiedenen Waffengattungen, d. h. aus Luft-, Land-, See-

und anderen Streitkräften (Joint) gebildet werden. Je nach Aufgabe und Art der militärischen Operation sollen Einheiten und Führungsstäbe aus der NATO-Infrastruktur herausgezogen und zu einer speziellen, flexibel einsetzbaren Task Force zusammengesetzt werden. Das Konzept ermöglicht demnach die maßgerechte Zuschneidung von speziellen Einsatzgruppen je nach Konfliktsituation und Eingriffswillen der NATO-Mitglieder. Das Konzept der CJTF ist ein Kompromiß zwischen der US-amerikanischen Forderung nach „burdensharing“, der gleichmäßigen Verteilung der Lasten bei „friedensunterstützenden“ Einsätzen auf Europäer und die USA, und der Forderung der Europäer, vor allem Frankreichs, nach einer „europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität“, die in der WEU als Verteidigungsarm der Europäischen Union sichtbar und aktiv werden sollte.

Strukturreform der NATO

Dieser Kompromiß und die Einigung über die Richtlinien des CJTF-Konzeptes wurde erst möglich, nachdem sich die USA und Frankreich im Februar 1996 verständigten, daß die CJTF auch unter Nicht-NATO-Kommando stehen können, die vorherige Entscheidung über ihren Einsatz aber im NATO-Rat und von allen NATO-Mitgliedern gefällt werden würde. ⁶

Auf der Ministerratstagung des Nordatlantikrates am 3. und 4. Juni 1996 in Berlin wurde nun mit dem MC 400/1 eine Strukturreform der NATO beschlossen, deren Kernpunkt die CJTF bilden. Diese Strukturreform soll die Zukunft der NATO in einer veränderten Welt mit ihren mannigfaltigen Konfliktszenarien, „Risiken“ und „Instabilitäten“ ² militärisch sichern. ⁷

In Zukunft muß sich die NATO also auf zwei Fälle einstellen: erstens einen eventuellen klassischen Angriff auf die Allianz oder eines ihrer Mitglieder, welches die Beistandspflicht

aller Mitglieder gemäß Artikel 5 des NATO-Gründungsvertrages von 1949 nach sich ziehen würde, und zweitens auf Krisensituationen außerhalb des Bündnisgebietes, in denen die NATO gemäß ihrer in Rom festgeschriebenen Aufgaben des Krisenmanagements, der Friedenserhaltung und der Friedenserzwingung mit militärischen Mitteln den Frieden herbeibomben will.

Nach Ansicht der NATO-Strategen ist diese zweigeteilte Aufgabenstellung und die Einrichtung der CJTF in vielfacher Hinsicht von Nutzen: die Sinnfrage nach dem Fortbestehen der NATO erübrige sich, die neuen militärischen Strukturen seien kleiner, mobiler und billiger als eine auf die Abwehr einer kollektiven Bedrohung konzipierte Rüstung, die USA würden entlastet, die Europäer könnten sich endlich emanzipieren, und der vollständigen Wiedereingliederung Frankreichs in die militärische Organisation der NATO stehe nichts mehr im Wege.⁸

Ausdruck einer europäischen Verteidigungsidentität?

„Frankreich ist zufrieden“, sagte der französische Außenminister Hervé de Charette⁹, denn mit den CJTF sei nun die Möglichkeit gegeben, diese europäische Identität innerhalb der NATO zu verwirklichen. Frankreich werde voll in die NATO zurückkehren, sobald die Beschlüsse von Berlin verwirklicht seien.

Der Militärausschuß der NATO erhält den Auftrag, bis zur Herbsttagung des NATO-Ministerrates im Dezember die Einzelheiten der Umsetzung des CJTF-Konzeptes auszuarbeiten, die dann von den Verteidigungs- und Außenministern beraten und gebilligt werden können. Damit ist offiziell zwar eine reformorientierte Entscheidung getroffen worden, intern aber noch einmal Zeit gewonnen, bis diese Reformen wirklich umgesetzt werden, und die einzelnen Nationen Posten innerhalb der alten Kommandostruktur räumen müssen.

Ein wichtiger Aspekt in der Kommandostruktur der NATO bleibt in jedem Fall unverändert: Es wird trotz aller Reformbekundungen weiterhin nur zwei oberste Befehlshaber an der Spitze der Kommandobehörden ge-

ben, SACLANT (Supreme Allied Commander Atlantic) in Norfolk/Virginia für den atlantischen Bereich und SACEUR (Supreme Allied Commander Europe) in Mons/Belgien für den europäischen. Erst auf der darunter liegenden Ebene werden neue Kommandobehörden entstehen müssen, um einen friedensunterstützten Einsatz unter einem europäischen Befehlshaber und die Eingliederung von Streitkräften aus Nicht-NATO-Staaten zu ermöglichen. Auf welcher Konstruktion sich die Mitgliedsländer einigen werden, CJTF-Einsätze werden im Endeffekt immer unter dem Oberbefehl des SACEUR stehen. Es wird keinen europäischen Stellvertreter des SACEUR geben, der unabhängig Einsätze befehligen könnte. Weiterhin werden alle Kommandoebenen an der Spitze bei SACEUR zusammenlaufen – und SACEUR wird wie bisher ein US-Amerikaner sein.¹⁰

Die Europäer haben nun zwar die Möglichkeit, militärische Einsätze ohne die direkte Beteiligung der USA, jedoch mit der Möglichkeit des Zugriffs auf amerikanische Führungs-, Aufklärungs- und logistische Mittel innerhalb der NATO durchzuführen. Die Entscheidung darüber liegt aber immer noch beim NATO-Rat, in dem natürlich auch die USA vertreten sind. Für die politische Kontrolle und die militärische Überwachung von CJTF-Einsätzen wird im NATO-Hauptquartier in Brüssel eine „Policy Coordination Group“ eingerichtet, der Vertreter aller 16 Mitglieder angehören. Die von den NATO-Mitgliedsstaaten hochgelobte europäische Unabhängigkeit und die Eigenverantwortlichkeit bei friedensunterstützenden Einsätzen ist eine Farce. Wenn die USA dem militärischen Engagement der Europäer nicht zustimmen, wird es auch keines geben.

Rußland und die NATO

Dieses vielbeschworene Signal der Erneuerung der NATO auf der als historisch bezeichneten Tagung von Berlin hat die weiteren Themen weitgehend überschattet. Trotz aller Bekenntnisse der Politiker zu einer Öffnung der NATO nach Osten, wie der Prozeß der Osterweiterung seit neuestem genannt wird, wurden bezüglich der Aufnahme neuer Mitglieder mit Rück-

sichtnahme auf die Präsidentschaftswahlen in Rußland und den USA keine neuen Beschlüsse gefaßt. Stattdessen wurden die beitragswilligen mittel- und osteuropäischen Staaten auf das Frühjahrstreffen 1997

vertröstet,
b e i



dem die
Kandidaten bezeichnet werden sollen.⁶

Rußland zeigte sich in Fragen der Osterweiterung kompromißbereit. Nach Aussagen Primakows sei eine Osterweiterung der NATO für Rußland akzeptabel, jedoch keine Verschiebung von NATO-Stützpunkten, Truppen und Nuklearwaffen an die russischen Grenzen.¹¹ Noch in diesem Jahr soll es zu Gesprächen über eine Teilnahme Rußlands an einem Raketenabwehrsystem der NATO und über die Nichtweitergabe von Massenvernichtungswaffen kommen.

Was sind also die Ergebnisse dieser „historischen“ Tagung? Die Osterweiterung ist immer noch im Gespräch, jedoch ebenso unkonkret und konzeptlos wie vorher. Die IFOR-Operationen der NATO in Bosnien sind rückwirkend durch den Beschluß des CJTF-Konzeptes legitimiert. Das Konzept könnte schon bald auf eine erste Probe gestellt werden, wenn die USA zum Ende des Jahres ihre Truppen aus Bosnien abziehen und die Europäer sich gezwungen sehen, ihre „Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ unter Beweis zu stellen. Mit den Beschlüssen der Ministerratstagung in Berlin hat sich die NATO offiziell und ohne Protest der UNO, der OSZE, der EU, der WEU zu einer weltweit einsetzbaren Interventionsmaschine entwickelt. ■

Leicht gekürzte Fassung eines zuerst in antimilitarismus information 7-8/96 erschienenen Artikels.

- 1 Erklärung des Bundesaußenministers, in: Bulletin, 12.6.1996.
- 2 Siehe „Das Neue Strategische Konzept“ der NATO vom 7./8.11.1991.
- 3 BITS: NATO, Peacekeeping, and the United Nations, Berlin 1994.
- 4 tageszeitung, 4.6.1996.
- 5 analyse & kritik 392, 1.7.1996.
- 6 Neue Zürcher Zeitung, 4.6.1996.
- 7 Die Zeit, 31.5.1996.
- 8 Frankfurter Rundschau, 3.6.1996.
- 9 Arthur Heinrich: Die neue, junge NATO. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/96, S. 775.
- 10 Tagesspiegel, 1.6.1996.
- 11 Neue Zürcher Zeitung, 5.6.1996 und Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.6.1996.

Covert operations

Der Historiker Oliver Rathkolb über die Hintergründe der österreichischen CIA-Waffenlager.

ZOOM: Von wem wurden die 79 im Jänner 1996 durch einen Artikel im „Boston Globe“ bekanntgewordenen Waffenlager angelegt?

Oliver Rathkolb: Der Auftraggeber und diejenige amerikanische Institution, die das politische Umfeld gesetzt hat, war eindeutig die Central Intelligence Agency, die unter Assistenzleistung der amerikanischen Armee, die damals in Oberösterreich, Salzburg und Teilen Wiens stationiert war, diese Lager errichtet hat. Die Armee hatte nur Hilfsdienste zu leisten.

ZOOM: In welchen Jahren war das?

Rathkolb: Soweit man bis jetzt weiß, zwischen 1951 und 1955. Die politische Entscheidung, solche Covert operations in ganz Europa durchzuführen, ist bereits Ende 1949 mit dem Dokument 10/2 des National Security Councils gefallen. Dann folgte die übliche bürokratische Umsetzung, und ab '51 wurden diese Lager in Österreich angelegt.

ZOOM: Die 79 Waffenlager waren also nicht zur Aufrüstung der B-Gendarmerie gedacht?

Rathkolb: Nein. Eben nicht. In diesem Fall hätte man die Lager ja ohne weiteres an die B-Gendarmerie oder später an das Bundesheer übergeben können. Die Heeresverwaltung wäre an sich darüber auch sehr froh gewesen, so wie Waffen aus den britischen Lagern in den sechziger Jahren übergeben und teilweise in die Bestände des Bundesheeres übernommen wurden.

In den USA gab es ab ungefähr 1949/50 strategische Szenarien, in denen man davon ausgegangen ist, daß die Sowjetunion aufgrund ihrer konventionellen Überlegenheit – selbst im Falle einer atomaren Auseinandersetzung – ganz Europa besetzen würde und es dann nach eini-

gen Monaten, höchstens einem Jahr, zu einer Roll-back-Bewegung kommen würde, begleitet von massiven amerikanischen Luftwaffenschlägen. Im Zuge dieser Gegenoperationen war daran gedacht, diese Lager durch amerikanische Agenten wieder öffnen zu lassen, um dann einen Partisanenkrieg „hinter der Front“ führen zu können.

ZOOM: Das heißt, die Lager gehörten in das gleiche Programm wie etwa die Gladio-Waffenlager in Italien?

Rathkolb: Das ist noch die Frage, ob diese Lager so zusammenhängen. Die Gladio-Struktur, soweit ich sie verstehe, hatte ja immer einen nationalen Hintergrund. In der italienischen Armee, der belgischen Armee, ja selbst in der Schweizer Armee gab es Offiziere und Kaderpersonal, die sich geheim getroffen und außerhalb des nationalen Befehlsablaufs eine Art innere Einheit konstruiert haben. Eine spezielle Armee in der Armee, die über Waffen, Kommunikationsverbindungen etc. verfügt hat. Die jetzt gefundenen Waffenlager sollten, soweit man heute weiß, ausschließlich von Amerikanern geöffnet werden. Es fehlt nach wie vor ein Konnex, sei es zur B-Gendarmerie oder später zum österreichischen Bundesheer. Dies ist eine offene Frage, die erst durch noch anzufordernde Dokumente wirklich schlüssig geklärt werden kann. Ich würde aber eher meinen, daß die ganze Anlage der Lager primär als zusätzliche Ausrüstung für amerikanische Fallschirmjägereinheiten gedacht war. Inwieweit und vor allem wie diese sich dann ein „Eingeborenelement“ dazubeschaffen würden, bleibt offen. Das ist ein deutlicher Unterschied zur Gladio-Struktur.

ZOOM: Über die britischen Lager hingegen waren Österreicher informiert?

Rathkolb: Die Briten haben ein etwas anderes Konzept gehabt, letzten Endes aber mit ähnlichen Zielen. Auch deren Lager waren dafür gedacht, eigene Einheiten auszurüsten, und es gab nur so eine Art österreichischen

Aufpasser. Das war meistens ein Bauer aus der Umgebung, der geschaut hat, daß nichts verrostet etc.

ZOOM: Ist es möglich, daß diese Lager auch für Covert operations im Osten gedacht waren, beispielsweise 1956 in Ungarn?

Rathkolb: Theoretisch durchaus. Aber es gibt keine Hinweise, ob zum Beispiel damals Lager für Ungarn geräumt wurden oder nicht.

ZOOM: Gab es eine Art Codename für diese Waffenlager?

Rathkolb: Momentan kennen wir keinen. Ich habe versucht, das über den britischen Journalisten, der die ganze Sache im „Boston Globe“ gezündet hat, zu erfahren. Nach Meinung seines Informanten in der CIA gab es keinen Codenamen. Ich kann mir das aber kaum vorstellen. Die amerikanische Bürokratie hat selbst für die kuriossten Dinge Codenamen vergeben.

ZOOM: Man kann also nicht sagen, das gehörte beispielsweise zur Operation „Easeful“?

Rathkolb: „Easeful“ ist sozusagen die Gesamtoperation in ganz Europa. Von den Planungen des National Security Councils aus gesehen, war das eine Carte blanche, mit der die CIA gegen sehr große Einwände von anderen amerikanischen Behörden die alleinige Autorität bekommen hat, in ganz Europa derartige Lager anzulegen. Wobei Europa geographisch allerdings nicht definiert wurde. Ich glaube aber, daß das Schwergewicht gegen Osten gerichtet war. Das ist nach wie vor eine ungelöste Frage. Die CIA hält sich in dieser Angelegenheit bis zum heutigen Tage überaus bedeckt. Man ist bereit, die allgemeinen Planungen zur Verfügung zu stellen, aber bei den Details gibt man sich mit Ausnahme der Lagepläne und Inhaltslisten weiterhin zugeknöpft.

ZOOM: Wie beurteilen Sie den Umfang dieser Lager?

Rathkolb: Militärstrategisch gesehen ist die Gesamtanlage meiner Meinung nach ein absoluter Dilettantismus, das fällt kaum ins Gewicht.

Nach Aussagen des Generaldirektors für öffentliche Sicherheit sind es an die 900 Gewehre und doch einiges an Munition und Sprengstoff, aber nicht wirklich etwas, wo man sagen kann, das ist eine ins Gewicht fallende Waffen- und Munitionsmenge. Das würde auch wieder in die Richtung deuten, daß es eher zur Ergänzung von Fallschirmjängereinheiten für einen Spezialeinsatz gedacht war und nicht dafür, hier von Österreichern einen Guerillakrieg zu entfachen.

ZOOM: *Zum Beispiel als Materiallager für einzelne Agentenoperationen in der Tschechoslowakei oder wo auch immer.*

Rathkolb: Theoretisch ja.

ZOOM: *Gibt es Hinweise darauf, daß die Lager benutzt worden sind?*

Meines Wissens derzeit nicht.

ZOOM: *Wieso hat die CIA die Existenz dieser Lager jetzt bekanntgegeben?*

Rathkolb: Die CIA ist zur Zeit schwer unter Beschuß, und es gibt starke Tendenzen, mehr Öffentlichkeit im Sinne demokratischer Kontrolle zu schaffen. In diesem Zusammenhang sind auch diese Funde zu sehen. Es gibt momentan einen ziemlichen Legitimationsdruck auf die CIA, da versucht man halt, die alten Nester teilweise zu räumen.

Rekrutierung von NS-Spionen

ZOOM: *Wieviel weiß man mittlerweile über die Zusammenarbeit von CIC und CIA mit alten Wehrmachtsangehörigen und die Rekrutierung ehemaliger NS-Spione wie Wilhelm Höttl?*

Rathkolb: Das ist relativ gut dokumentiert, wobei der Fall Höttl in seiner Selbstdarstellung weit überzogen ist. Bereits 1945, bei den ersten Verhaftungen von Wehrmachtsangehörigen oder Angehörigen von Geheimdienstorganisationen der Nazis, wurden diese Leute intensiv verhört – mit dem Hintergrund, vor allem Informationen über Osteuropa und die Sowjetunion zu sammeln. Das hat sich dann spätestens 1947/48 verstärkt, als man dann versucht hat, diese Leute teilweise in den kalten Krieg zu integrieren. In dieser Zeit hat auch Höttl eine Zeitlang für den CIC gearbeitet. Er hat vorgegaukelt, ein perfekter Kenner der Sowjetunion zu sein und theoretisch noch über ein Agentennetz zu verfügen. Es stell-

te sich allerdings sehr rasch heraus, daß das absoluter Bluff war. Die Sowjetunion des Jahres '43 kann man nicht mit der Sowjetunion 1948 vergleichen. Die Amerikaner haben dann auch die Kontakte zu Höttl wieder abgebrochen, als sie gemerkt haben, daß er nichts bringt. Er hat sich dann bei anderen Geheimdiensten angeboten und von jedem Geld bekommen. Außer daß sie vielen ehemaligen Nationalsozialisten die Möglichkeit geboten hat, Geld zu verdienen, hat diese Connection realpolitisch gesehen eigentlich sehr wenig gebracht.

ZOOM: *Kennt man neonazistische Organisationen, die später – in den sechziger Jahren – noch Teil dieser Covert operations waren?*

Rathkolb: Meines Wissens nach nicht, das ist aber noch sehr schlecht dokumentiert. Soweit ich das überblicken kann, bricht diese Linie mit ehemaligen Nazis in Österreich Anfang der fünfziger Jahre wieder ab. In Deutschland war das etwas anders. Es gab natürlich Ausnahmen, die CIA hatte diesbezüglich keinerlei Berührungsängste. Es kam durchaus vor, daß einzelne Agenten, die schwerst belastet waren, weiterhin als Informationsträger benützt wurden. Die CIA hat das nach rein opportunistischen Erwägungen von Fall zu Fall entschieden. Bei Höttl hat das nichts gebracht, bei anderen, zum Beispiel bei Verbelen, kann man davon ausgehen, daß die Kontakte länger gedauert haben. Alle in diesem Dunstkreis haben versucht, ihre Informationen zu verkaufen. Diese sehr dubiosen Figuren versuchten einfach, mit Gerüchten, Scheinformationen und teilweise viel Phantasie Geld zu machen.

ZOOM: *Die Amerikaner haben offensichtlich viel Geld für diese Dinge zur Verfügung gestellt?*

Rathkolb: Natürlich. Wobei es wesentlich größere Operationen gab, zum Beispiel ganze Verhöraktionen mit Flüchtlingen aus Osteuropa. Man hat Informationen von der Staatspolizei bekommen, vor allem '56 ist das wieder sehr en vogue gewesen.

ZOOM: *Waren die Amerikaner bei den Verhören dabei?*

Rathkolb: Bis 1955 haben sie die Verhöre selbst durchgeführt, danach haben sie sich einen Zugang zu österreichischen Unterlagen verschafft. In

amerikanischen Unterlagen findet sich dann der STAPO-Bericht über das Verhör eines Flüchtlings, und es fehlt halt die Geschäftszahl des Bundesministeriums für Inneres und der zuständigen Abteilung. Der Informationsfluß war sehr dicht, sicherlich noch in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre. Aber auch das ist eine Ballastgeschichte im Sinne von überbordender Information, die kaum wirklich realpolitisch eine Rolle gespielt hat.

„Es ist nicht erwünscht, daß ein Friedensvertrag, beinhaltend den Rückzug der Besatzungstruppen, zu diesem Zeitpunkt mit Österreich abgeschlossen wird.“

C. Marshall, amerikanischer Staatssekretär, 1948

ZOOM: *Das ist nie wirklich ausgewertet worden?*

Rathkolb: Das war einfach zu viel. Wenn sie sich die ganzen CIC-Akten anschauen, die jetzt zunehmend freigegeben werden, so sind das Mosaiksteine, die kaum wirklich für eine fundierte Analyse herangezogen werden konnten. Sie sind ganz interessant für die Atmosphäre.

Bundesheer: Rolle unbekannt

ZOOM: *Wie weit war die B-Gendarmerie oder später dann das Bundesheer – insbesondere die Bundesheerspionage – über diese Covert operations informiert oder in diese eingebunden?*

Rathkolb: Meiner Meinung nach überhaupt nicht. Da gibt es keinerlei Unterlagen, das gehört zu den bestgehütetsten Geheimnissen der Republik.

ZOOM: *Das wäre völlig anders als in anderen europäischen Ländern, wo in der Regel die nationalen militärischen Geheimdienste in diese Struktur eingebunden waren.*

Rathkolb: So ist es. Sie müssen davon ausgehen, daß Österreich geostrategisch eine andere Rolle gespielt hat. Meiner Meinung nach gab es auf Grund der alliierten Administration sehr enge Kontakte zum Innenministerium, vor allem in der ersten Phase. Das hat sicher noch einige Zeit nachgewirkt. Beim Innenministerium gibt es Unterlagen, aber beim Bun-

desheer klappt nach wie vor ein weißer Fleck in der Geschichte. Über den Aufbau des Bundesheernachrichtendienstes gibt es meines Wissens nach keine Unterlagen.

Remilitarisierung

ZOOM: Was war ausschlaggebend für die Wiederaufrüstung Österreichs?

Rathkolb: Die Ausgangslage läßt sich heute schon relativ klar dokumentieren. Das Schlüsselereignis

reich nach dem Abzug der Alliierten und nach dem Erhalt eines Staatsvertrages beinhaltete.

ZOOM: Die Amerikaner unterstützten diese Wiederaufrüstung nach Kräften?

Rathkolb: Ab ungefähr September/Okttober 1949 entschieden sich die Amerikaner überhaupt dafür, erst dann abzuziehen, wenn es zumindest einen Nukleus des österreichischen Heeres gibt. Man ging also völlig von den ursprünglichen Entmilitarisierungsbestrebungen weg, mit denen man '45 in das Land eingerückt war. Ab 1946 waren auch die Sowjets, die witzigerweise 1945 noch eher ein Heeresamt akzeptiert hatten, auf dieser Entmilitarisierungsschiene gefahren. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch entsprechende Mittel, Waffen und Personal bereitgestellt, um kleinere Einheiten aus der Gendarmerie als Art Nukleus für ein österreichisches Bundesheer aufzubauen. Dieses Projekt mit einem Salzburger und einem Wiener Komitee ist unter dem Namen B-Gendarmerie gelaufen.

Ab Ende 1949 sieht man sehr deutlich, daß die Amerikaner einem Staatsvertrag nicht zustimmen würden, solange nicht klar ist, daß es ein klar definiertes Heer gibt und daß dieses Heer auch mit amerikanischem Know-how und mit amerikanischen Waffen ausgerüstet wird. Das war eine unbedingte Voraussetzung für den Staatsvertrag. Ab Anfang der fünfziger Jahre gibt es dann die Bestrebungen, Wehrpflichtige bzw. Leute, die bereits Wehrdienst geleistet haben, zu erfassen, um eine Art Aufgebot für einen Konflikt zusammenstellen zu können. Aber das waren eigentlich alles Sandkastenspiele, die nie wirklich umgesetzt wurden – mit Ausnahme dieser kleinen Einheiten im Rahmen der B-Gendarmerie, die in Westösterreich konzentriert waren. Die intensive Debatte über die Errichtung eines österreichischen Bundesheeres beginnt erst mit Abschluß des Staatsvertrages. Daraufhin kommt es auch zu massiven Material- und Waffenlieferungen der Amerikaner bis Ende der fünfziger Jahre.

ZOOM: Wollten die Amerikaner nicht auch sicherstellen, daß das österreichische Bundesheer nach ihrem Abzug weiterhin westlich orientiert bleibt und mit ihnen zusammenarbeitet?

Rathkolb: Das war ja gesichert. Eine

Art Ausbildungskorps war bereits amerikanisch ausgebildet, und ab '55 sorgten dann Waffenlieferungen, Ausbildungsprogramme und sehr enge Kontakte mit dem amerikanischen Militärattaché dafür, daß die deutliche Westorientierung auf allen Ebenen bis zum Generalstabskorps gewährleistet blieb.

ZOOM: Die Ausbildungsgeschichten sind ja noch lange weitergegangen, sowohl mit amerikanischen Ausbildern in Österreich als auch umgekehrt.

Rathkolb: Es waren sehr viele höhere Offiziere zur Ausbildung in den USA.

ZOOM: Gab es Abkommen, die das regelten?

Rathkolb: Es gab ein Abkommen, das auch in den USA veröffentlicht wurde, in welchem die Frage der Rüstungshilfe klar belegt war. Die Amerikaner mußten ja dafür Finanzmittel vom Kongreß beanspruchen. Die Austauschprogramme, die erst Ende der fünfziger Jahre begannen, wurden meistens auf bilateraler Ebene geregelt. Ich glaube, da gibt es keinen Vertrag im eigentlichen Sinn.

ZOOM: Geheime Abmachungen als Vorbedingung für den Staatsvertrag gab es keine?

Rathkolb: Nein. Aber die Militärs haben sich von der Sinnhaftigkeit eines Staatsvertragsabschlusses nur überzeugen lassen, wenn gleichzeitig eine Wiederaufrüstung unter amerikanischer Kontrolle erfolgt – und zwar bis zu einem bestimmten Limit. Die Amerikaner wollten, um das bildlich zu machen, hier kein Israel mit einer hochgerüsteten Armee finanzieren. Sie wollten dafür sorgen, daß erstens das Heer so stark ist, daß es nicht zu von „Kommunisten“ initiierten Unruhen kommt, und gleichzeitig eine Art Zeitverzögerung schaffen, um die Nord-Süd-Linie der NATO instand zu halten. Eine High-tech-Armee war nicht geplant. Das zeigte sich deutlich Ende der fünfziger Jahre, als die Österreicher meinten, daß sie sich nach wie vor mit relativ geringen Budgetmitteln und vielen Geschenken ein schönes Spielzeug schaffen könnten. Verteidigungsminister Graf hat zum Beispiel versucht, die Frage des Ankaufs von Raketen, Flugzeugen etc. abgesehen von Staatsvertragsbestimmungen prinzipiell zu klären. Da haben die Amerikaner

Zum Beispiel war für den Fall, daß die Nord-Süd-Linie der NATO über Österreich bedroht wird, ein Atomschlag geplant.

war der kommunistische Putsch in Prag im Februar 1948. Der hat in Österreich ziemliche Wellen geschlagen. Interessant ist, daß die Initiative damals anscheinend primär von den Österreichern ausgegangen ist, vor allem Außenminister Gruber war da sehr initiativ, aber auch Bundeskanzler Figl.

ZOOM: Das sind die Ereignisse, von denen Fritz Molden im Zusammenhang mit den Waffenlagern immer spricht?

Rathkolb: Richtig. Sie müssen davon ausgehen, daß die „New York Times“ damals geschrieben hat, jetzt kommt der Vormarsch der Roten Armee über Europa, und das ist nur der Anfang. Ernst Fischer¹ wurde beispielsweise als österreichischer Nagy² apostrophiert, und es hieß: „Vienna is next.“ In dieser Phase gab es dann erste Gespräche mit Amerikanern, aber auch Briten, in denen man sich einmal kurzfristig geeinigt hatte, kleine Waffendepots zur zusätzlichen Ausrüstung von Polizei- und Gendarmeeinheiten anzulegen. Es gab auch kleinere Ausbildungsprogramme, aber in noch sehr geringem Ausmaß. Ende 1948 stellte die österreichische Bundesregierung verstärkt Überlegungen an, vor allem auf politischer Ebene zwischen ÖVP und SPÖ, etwas zu unternehmen. Aus diesem Element wurde dann die B-Gendarmerie geboren, die als geostrategischen Überbau die amerikanischen Bedenken über die Lage in Öster-

klagenpacht: Jederzeit, aber nur gegen harte Devisen. Man merkt sehr deutlich, es gab hier strategisch gesehen nur eine bestimmte Aufgabe. Bis zu diesem Punkt war man bereit zu investieren, ab da war das dann Sache der Österreicher. Militärstrategisch wichtig war die Nord-Süd-Linie der NATO – Wien und Ostösterreich waren aus der NATO-Perspektive nicht wirklich interessant.

Die sowjetische Reaktion

ZOOM: Wie haben die Sowjets auf die Wiederaufrüstung reagiert?

Rathkolb: Das ist ein ganz interessantes Kapitel, das leider überhaupt noch nicht dokumentiert ist. Man kann sich dieser Frage nur über Umwegen annähern. Die Sowjetunion hat in ihren diplomatischen Aktionen gegenüber Dingen, die ihre Sicherheitsinteressen gestört haben, eine Art Hierarchieraster der Interventionen entwickelt. Man kann das sehr schön in der Debatte um den Euro-Paratsbeitritt '56 nachvollziehen. Der hat die sowjetische Führung zwar gestört, aber nicht wirklich irritiert. Da findet man in den Dokumenten die deutliche Weisung, im Medienbereich Krach zu schlagen, in „Prawda“-Artikeln, über Radio Moskau usw. Aber das ist es dann. Andererseits gab es auch die Möglichkeit einer Intervention des sowjetischen Botschafters, der zum Beispiel Anfang der sechziger Jahre sehr deutlich gemacht hat, daß ein EWG-Beitritt oder selbst eine Assoziation die Sicherheitsinteressen der Sowjetunion absolut verletzen würde. Also ein wesentlich schärferes Mittel.

ZOOM: Welcher Art waren die Proteste gegen die Remilitarisierung?

Rathkolb: Es gab schon ab 1951, initiiert vom Österreichischen Friedensrat, also vor allem von der KP getragen, ein ziemlich großes Medienecho gegen die Aktivität der B-Gendarmrie. Aber dabei hat es die Sowjetunion eigentlich auch belassen. Offensichtlich war sie bereit, diese Aufrüstung bis zu einem bestimmten Level zu akzeptieren. Als 1955 auch einzelne russische Bestände übergeben wurden, waren die Amerikaner ganz aufgeregt.

Meine These ist, daß diese limitierte und klar definierte Aufrüstung

Österreichs und die Nord-Süd-Schiene der NATO von der Sowjetunion einfach akzeptiert wurden. Die bekanntgewordenen strategischen Planungen des Warschauer Pakts zielen eher in Richtung Oberitalien und klammern den westösterreichischen Nord-Süd-NATO-Riegel immer aus. Die Planungen sahen vor, über Kärnten und Jugoslawien nach Oberitalien zu kommen. Mehr als die propagandistische Auseinandersetzung wollte man eigentlich nicht.

ZOOM: Sind irgendwelche sowjetischen Pläne Österreich betreffend bekannt, daß etwa auch Waffenlager angelegt wurden?

Rathkolb: 1947 hat man im Zusammenhang mit der endgültigen Sowjetisierung Ungarns auch in Österreich alles mögliche vermutet, zum Beispiel den Werkschutz der USIA-Betriebe betreffend. Es hat sich dann aber herausgestellt, daß das höchstens 1000 Mann waren und bestenfalls mit Gewehren ausgerüstet. Das hat die Westalliierten überhaupt nicht irritiert.

Die amerikanischen Einschätzungen und Planungen gehen alle in die Richtung, daß es keinerlei Anzeichen in Richtung einer Teilung Österreichs gibt.

Die NATO-Strategie

ZOOM: Waren Operationen wie „Pilgrim“ isolierte Planungen oder Teil der NATO-Militärstrategie?

Rathkolb: Das ist eine gute Frage. Über die NATO-Militärstrategie gibt es keinerlei Unterlagen. Es gibt militärische Sandkastenspiele aus der frühen Nachkriegszeit, aber welche Pläne die NATO exakt verfolgt hat, ist bis zum heutigen Tag unter Verschuß. Bislang kann man nur die Ränder der Diskussion an Hand von konkreten Plänen nachvollziehen. Zum Beispiel war für den Fall, daß die Nord-Süd-Linie der NATO über Österreich bedroht wird, ein Atomschlag geplant.

Ende der vierziger Jahre war im State Departement ziemlich klar, daß man im Fall einer Okkupation Ostösterreichs oder Wiens durch die Sowjetunion eigentlich nur so reagiert hätte, daß man das eigene Personal abgezogen und einen Großteil der Regierung sowie einige Geheimnis-

träger im Bereich der Wissenschaft ausgeflogen hätte. Auf dieser Liste stand eine Reihe von Physikern, zum Beispiel der Kommunist Engelbert Broda. Diese Wissenschaftler, die in der Lage waren, Atomwaffen zu bauen oder High-tech-Waffenentwicklungen mitzutragen, sollten – gleich, ob sie wollten oder nicht – dem Feind vorenthalten werden. Ansonsten hätte man die Okkupation akzeptiert, so wie man Ende '56 die Invasion in Ungarn akzeptiert hat.

ZOOM: Gibt es einen geheimen Zusatz zum NATO-Vertrag, der die Covert operations betrifft und den alle NATO-Mitglieder unterzeichnen mußten?

Rathkolb: Das weiß ich nicht. Es fragt sich, wie das mit diesen Geschichten des National Security Councils übereinstimmt und ob es nicht mehrere Strukturen gibt. Meine Meinung ist: Das eine ist die Gladio-Struktur, das andere ist so eine Art CIA-Osteuropa-Schiene, die eher direkt geht. Die Gladio-Struktur ist dagegen ja sehr stark national verankert, beinhaltet auch Putschversuche von innen. Vielleicht handelt es sich da um zwei verschiedene Stränge. Ob die einmal zusammengeführt wurden, weiß ich nicht.

ZOOM: Auffallend ist natürlich die Einbindung von hohen ehemaligen Nazis und Neonazis in diese Gladio-Strukturen. Das waren durchaus keine, wie der italienische Staatspräsident Cossiga gesagt hat, „aufrechten Demokraten“.

Rathkolb: Auch in der Schweiz hat man sich sehr rechtslastiger Offiziere bedient. Das ist der Boden, aus dem heraus rekrutiert wurde. Das ist die alte Elitenselbstrekrutierung.

ZOOM: Wir danken für das Gespräch.

Das Interview führten MARKUS KEMMERLING und GLÜCKSTHAL LAJOS.

Oliver Rathkolb ist Dozent am Institut für Zeitgeschichte an der Universität Wien und Mitglied der Historikerkommission zu den Waffenlagern.

1) Fischer war kommunistischer Staatssekretär für Unterricht und Volksaufklärung in der Provisorischen Regierung 1945.

2) Ungarischer Kommunist, Ministerpräsident von 1953–55 und wieder während der Revolution '56, bis er von sowjetischen Truppen hingerichtet wurde.

Dieses Interview ist ein Nachtrag zur ZOOM-Broschüre „Es muß nicht immer GLADIO sein“ (4&5/96).

■ „1000 JAHRE DEUTSCHE
■ VOLKS- UND KULTUR-
■ GEMEINSCHAFT“

Eine Milleniumsfeier der anderen Art findet am 30. November in Wien statt. In einem Inserat in der jüngsten Ausgabe der „Aula“ (9/1996) lädt das „dritte Lager“ – die Freiheitlichen gemeinsam mit der „Deutschen Burschenschaft“ und dem „Ring Volkstreuer Verbände“, zwei vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes als rechtsextrem eingestufte Gruppierungen – zum „Festkommers“ in die Hofburg. Geplanter Höhepunkt der Veranstaltung ist die Festrede von Jörg Haider.

Zuvor diskutieren auf Einladung des Ringes Freiheitlicher Studenten und der Freiheitlichen Akademie der dritte Nationalratspräsident Wilhelm Brauneder, der freiheitliche Rechtsaußen-Intellektuelle Lothar Höbelt und andere an der Universität Wien über „Öster-

reichs Beitrag zur deutschen Geschichte und Gegenwart“. Danach beabsichtigt die „deutsche Volks- und Kulturgemeinschaft“ geschlossen von der Uni zum Heldenort zu marschieren, um dort vor der Figur des toten Kriegers, in dessen Sockel noch immer das nationalsozialistische Bekenntnis ihres Erschaffers Wilhelm Frass verborgen liegt, einen Kranz niederzulegen. Auf die angekündigte Beteiligung einer Abordnung der Theresianischen Militärakademie werden die Kameraden allerdings verzichten müssen. Das Wehrgesetz verbietet Soldaten in Uniform, ob einzeln oder in Abordnungen, an parteipolitischen Veranstaltungen teilzunehmen.

Organisiert wird die Veranstaltung pikanterweise in den Räumlichkeiten des Parlaments, von Walter Asperl, einem Mitarbeiter des freiheitlichen Klubs. Wer sich genauer informieren möchte: 0222/-401 10-5842.

Einer der drei Veranstalter,

der „Ring Volkstreuer Verbände“ (RVV) agiert laut Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus seit dreißig Jahren als Dachverband mit integrativer Funktion im rechtsextremen Lager. Er sei allerdings in letzter Zeit wenig hervorgetreten. Der RVV setzt sich nach Eigenangaben für die Erhaltung der „biologischen Substanz des deutschen Volkes“ ein. Seine Kontakte sind einschlägig. Burgers NDP fällt ebenso darunter wie die „Kameradschaft IV“, der Traditionsverband der Waffen-SS oder die „Österreichische Landsmannschaft“. RVV-Obmann Walter Sucher, der auch schon mal bei der „Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik“ (AFP) referierte, gehört seit 1987 der Landesparteilitung der Wiener FPÖ an und sitzt für diese im Josefstädter Bezirksrat. Zu seinen Vorgängern als Obmann gehörte auch ein ehemaliger SS-Offizier und Blutordensträger, Roland Timmel.

Bereits vor acht Jahren erläuterte FPÖ-Funktionär Sucher in der „Aula“ (11/1988), wie das Millenium von Kameraden angemessen zu begehen sei: „Die nationale Identität der Österreicher, mit Ausnahme der Minderheiten, versteht sich darin, daß die Österreicher seit 1000 Jahren ein Teil der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft sind. (...) Jedes Rütteln an dieser nationalen Identität würde unser Österreich schwächen und vernichten.“

Mittlerweile hat sich ein Aktionsbündnis gegen den Festkommers gebildet. Dieses plant für den 29. und 30. November ein antifaschistisches Symposium an der Uni Wien und am 30. November eine Gegendemonstration (Beginn: 16 Uhr 30 bei der Unirampe).

Nähere Informationen beim Alternativreferat am Zentralschul der ÖH, Tel.: 0222/310 88 80-23 od. -55, Journdienst jeden Dienstag 12-15 Uhr. mk

RATSCHLAG ZUR FRIEDENSPOLITIK

Sonntag, 27. Oktober 1996
10.00 bis 18.00 Uhr

GRÜNES HAUS

Lindengasse 40, 1070 Wien

Der Ratschlag zur Friedenspolitik

ist Teil der Grünen Programmdebatte.

Er dient der Vertiefung und Klärung programmatischer Positionen und soll darüber hinaus Anknüpfungspunkte für die konkrete Friedensarbeit liefern.

Alle an Friedenspolitik interessierte MitarbeiterInnen und SympathisantInnen der Grünen sowie AktivistInnen von Friedensinitiativen sind herzlich eingeladen!

Dialogforen zu den Themen:

„Zukunft der Neutralität“

„Abschaffung der Wehrpflicht und freiwillige Friedensdienste“

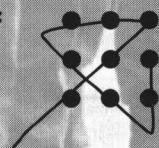
„Alternativen zum NATO/WEU-Beitritt“

„Entmilitarisierung und Abrüstungspolitik“

Information und Anmeldung:

Telefon (0222) 526 91 11

Telefax (0222) 526 91 15



die grüne
bildungs-
werkstatt

ZUM ROTWERDEN

Wer ist für wen da,
wenn in Wien
die Politiker flöten gehen
und Chicago seinen
Standpunkt verändert,
damit die Stimme der
Macht nützt?

BEWEGUNG

ROTES WIEN

linkes Wahlbündnis für Wien

Großmachtstreben in Kurdistan

Der Angriff der irakischen Armee in den kurdischen Gebieten war eine Reaktion auf den Einmarsch iranischer Truppen.

VON AHMED MOHAMADI

In den vergangenen Wochen gab es wieder einmal schwere Auseinandersetzungen zwischen der Demokratischen Partei Kurdistan (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistan (PUK) in der UNO-Schutzzone im Irak. Gleichzeitig kam es zu Kämpfen zwischen der irakischen und der iranischen Armee. Zehntausende Menschen sind wieder zu ziellosen Flüchtlingen geworden.

Nachdem die irakische Armee 1990 die KurdInnen brutal überfallen hatte und Millionen KurdInnen in Richtung Iran und Türkei flüchten mußten, verabschiedete die UNO eine Resolution, in der ein Teil Kurdistans unter den Schutz der Alliierten gestellt wurde, um von den irakischen Angriffen verschont zu blei-

ben. Seither verwalten die zwei fast gleich großen Parteien KDP und PUK die Schutzzone in Irakisch-Kurdistan.

Beide rivalisierenden Parteien sind seit Jahrzehnten immer wieder in militärische Auseinandersetzungen verwickelt. Um sich gegenüber der anderen Partei zu stärken, haben beide Parteien mit Kurden-Feinden ersten Ranges kollaboriert: mit dem Iran und der Türkei. Der Konflikt zwischen KDP und PUK entzündet sich immer wieder an der Machtfrage. Der Iran, der selbst Probleme mit seinen KurdInnen hat und brutal gegen sie vorgeht, zeigte ein „Interesse“ am Problem zwischen den irakischen KurdInnen und bot sich als Vermittler zwischen den beiden Parteien an. Das Ergebnis war nicht die Versöhnung, sondern die Belieferung beider Parteien mit Kriegsmaterial. Die Abhängigkeit der PUK vom Iran ging so weit, daß am 26. Juli 1996 eine mehrere tausend Mann starke Armee iranischer Revolutionswächter (Pasdaran), ausgerüstet mit Artillerie, Katjuscha-Raketen und Panzern, ungehindert über die Grenze in Irakisch-Kurdistan einmarschierte – über jenes Gebiet, das unter der Kon-

trolle der PUK steht – und in Sulaymania stationiert wurde. Zwei Tage später griffen die iranischen Truppen Quartiere der Demokratischen Partei Kurdistans (DPKI) sowie Flüchtlingslager der iranischen KurdInnen mit Bodentruppen an und nahmen diese unter Artilleriebeschuß. Die iranischen Truppen mußten sich zwar nach einem zweitägigen Kampf zurückziehen, sind aber weiterhin in Irakisch-Kurdistan stationiert. Parallel zu diesem Kampf kam es auch immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen den rivalisierenden Parteien PUK und KDP.

Da sich die Beziehungen zwischen dem Iran und der PUK intensivierte und die Streitkräfte des Irans die PUK angeblich unterstützten, hat die Führung der KDP um die „Unterstützung“ des irakischen Regimes gegen die iranische Armee gebeten.

Der Grund des irakischen Angriffs war zweifellos die Anwesenheit der iranischen Armee. Seit der Bildung der Schutzzone und dem Konflikt zwischen PUK und KDP hat sich der Iran intensiv in die Konflikte der Region eingemischt.

Seitens der Europäer und der USA gab es mehrmals Versuche, zwischen den Kriegsparteien zu vermitteln – aber jedesmal ohne Erfolg. Das Scheitern ist zu einem guten Teil auf den Iran zurückzuführen. Der Iran will sich sowohl in der Golfregion als auch in Kurdistan als Herr der Lage präsentieren und vor allem den US-Amerikanern und auch den Alliierten zeigen, daß sie trotz ihrer Schutzzone nichts zu sagen haben.

Die USA dürften dies wohl bemerkt haben. Und es ist vorstellbar, daß der Angriff des irakischen Regimes in der Sicherheitszone in Absprache mit den USA erfolgte. Zur Zeit sind der Iran und die mit ihm verbündete PUK die Verlierer. Aber das ist nur der Anfang eines endlosen Kampfes.

Der Autor ist iranischer Kurde.

Sulaymania



20 Jahre ARENA – was hat

Sicher war der „2 % Milleniumsanspruch“ im Zusammenhang mit „20 Jahre ARENA“ eine gut kalkulierte Übertreibung, und dennoch hatte er auch einen realistischen Kern.

VON DIETER SCHRAGE

Wir sind 2 % Millenium.“ Diese frechironische, auf das österreichweite Milleniumsgetue bezugnehmende Anspielung war der Titel einer bemerkenswerten Ausstellung und einiger anderer Veranstaltungen, die die ARENA-Leute zum 20. Jahrestag der Besetzung des Auslandsschlachthofes von St. Marx (= ARENA) gemacht hatten.

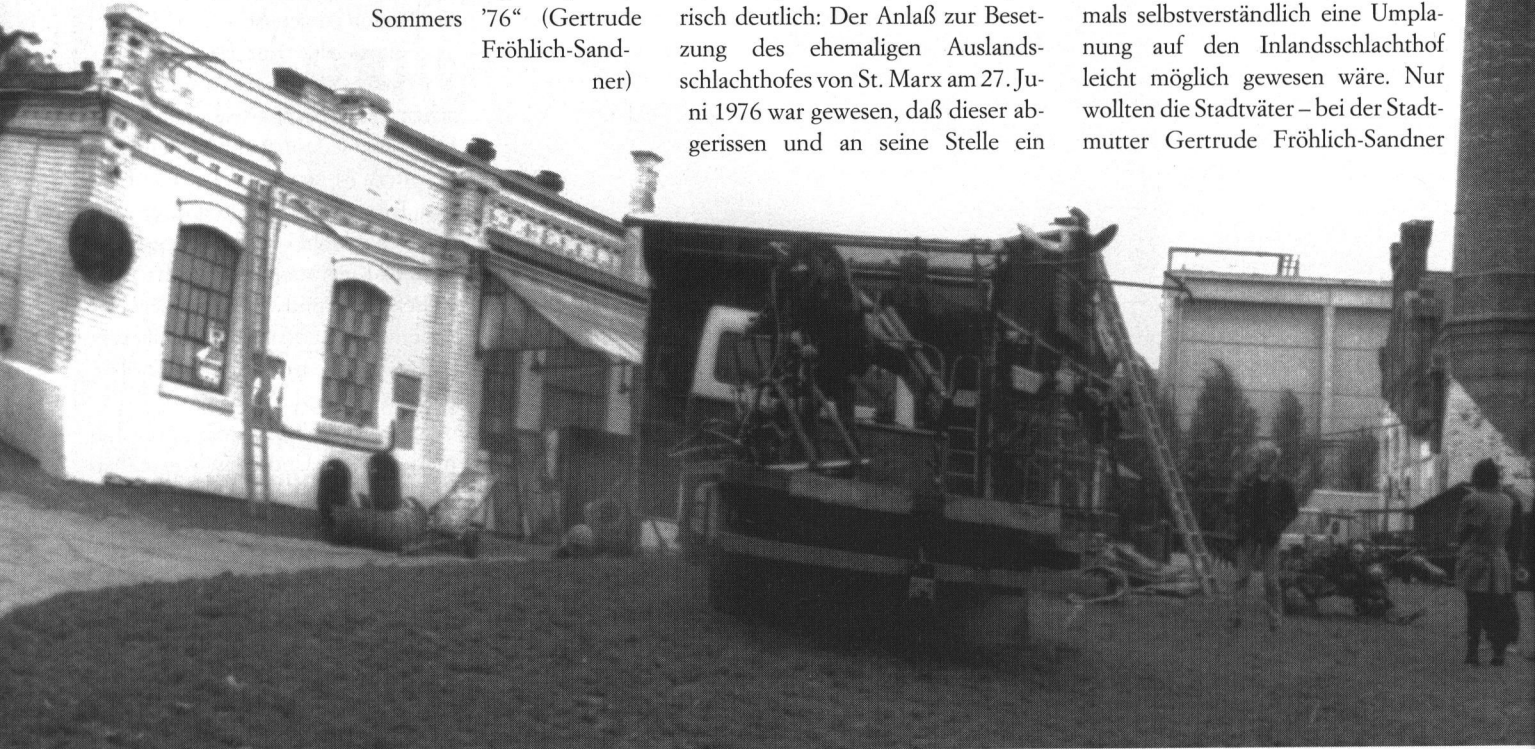
Foto: Alexander Lehar

Beispielsweise hatte Hugo Portisch in seiner populären „Österreich II“-Fenscheihe über die Kreisky-Ära die ARENA-Besetzung des „heißen Sommers '76“ (Gertrude Fröhlich-Sandner)

als das Ereignis hervorgehoben, das neben der Zwentendorf-Abstimmung die zweite Hälfte der siebziger Jahre am meisten geprägt hatte. Und Bruno Kreisky selbst hatte Anfang Juni 1977 erklärt: „Es ist gar keine Frage, daß die ARENA-Bewegung in Wien – wenn man absieht von den politischen Konsequenzen, die manche daraus gezogen haben –, daß das ein elementares Ereignis war und daß die Gesellschaft gut beraten wäre, würde sie derartigem Raum geben.“ Und dann erklärte Bruno Kreisky, der ja kaum einen besonderen Hang zur Selbstkritik hatte, durchaus selbstkritisch, daß man dieser Entwicklung der Bewegung „nicht in befriedigender Weise entsprechen konnte“, daß man „nicht genügend bereit war, Lösungen zu finden“. Und er schloß sich ausdrücklich mit in den Kreis derer ein, die hier Fehler gemacht haben! (Grazer Kulturkontakte-Tagung)

Welchen Wahrheitsgehalt manche Politikererklärungen zur Zeit der dramatischen ARENA-Besetzung hatten – oder auch nicht hatten! –, wurde im Juni dieses Jahres exemplarisch deutlich: Der Anlaß zur Besetzung des ehemaligen Auslandsschlachthofes von St. Marx am 27. Juni 1976 war gewesen, daß dieser abgerissen und an seine Stelle ein

Schöps-Modezentrum errichtet werden sollte. In dieser Sache erklärten nun die ARENA-BesetzerInnen und namhafte ArchitektInnen, die sich mit den Arenauten solidarisiert hatten, wiederholt, daß eine Umplanung des Schöps-Modezentrums auf das angrenzende Gelände des Inlandsschlachthofes, der damals ebenfalls leer stand und heute der Ort der ARENA-Nachfolge ist, leicht möglich sei. Und eine fachlich kompetente Arbeitsgruppe bot sich an, die notwendigen Umplanungen zügig und kostenlos durchzuführen. Die damaligen Exponenten der Stadt Wien – allen voran Vizebürgermeister und Finanzstadtrat Hans Mayr – betonten immer wieder, daß solch eine Umplanung sachlich nicht möglich sei. 20 Jahre später, von einem Radio-Wien-Reporter nach den damaligen Möglichkeiten einer Umplanung befragt, erklärte der einstmals machtvolle und inzwischen in Pension gegangene Wiener SPÖ-Politiker Mayr, der dann übrigens immer seine schützende Hand über die entschärfte ARENA-Nachfolge im Inlandsschlachthof gehalten hatte, daß damals selbstverständlich eine Umplanung auf den Inlandsschlachthof leicht möglich gewesen wäre. Nur wollten die Stadtväter – bei der Stadtmutter Gertrude Fröhlich-Sandner



es gebracht?

war die Haltung etwas anders – einer Bewegung wie die ARENA-Besetzung im „heißen Sommer '76“ aus grundsätzlich „polithygienischen“ (Mayr) Gründen keinen Raum geben. Und dann holte Hans Mayr in seinem Interview im Sommer dieses Jahres das alte diskriminierende Drogenumschlagplatz-Argument aus der Politiker-Mottenkiste wieder hervor.

Tatsache ist aber, daß die besetzte ARENA 1976 zu dem Ort geworden war, an dem sich in Österreich auf breiter Basis das formierte, was dann bald zu BürgerInnen- bzw. Basisinitiativen wurde. Erstmals hatten Jugendliche, Arbeitende, Lernende, Studierende, hatten Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, denen eine gravierende Entscheidung der Wiener Stadtverwaltung (= Abriß des industriehistorisch bedeutsamen Gebäudes des Schlachthofes von St. Marx) nicht akzeptabel erschien, ihre Sache selbst in die Hand genommen und sich gegen die Magistratsentscheidung gewehrt. Im Schlachthof wurde erstmals im Wien der Nachkriegszeit in Strukturen Selbstverwaltung geprobt und Demokratie wieder auf die Füße gestellt (von unten nach oben verlaufend). Erst im nachhinein wurde die Bedeutung dieses Versuches, der nicht frei von manchen Schwächen und Leerläufen war, in breiteren Kreisen erkannt. Spätestens ab dem

Signal ARENA lief durch Wien ein bunter (roter, grüner, schwarzer, rosa u. a.) Faden der Aufmüpfigkeit – zu sehen war er in Zwentendorf, in der Gassergasse, im Amerlinghaus, in Hainburg oder an manchen anderen Orten.

Mit Recht oder Lust wiesen die ARENA-Leute vom Inlandsschlachthof auf ihr ereignisreiches 20jähriges Bestehen hin. Wie schon geschrieben: „Wir sind 2 % Millenium.“ Und die Resonanz auf diese forschen Aktivitäten war sehr gut. Gut vor allem auch für die ARENA selbst, der im Frühjahr als Clubbing-Opfer Ecstasy-Tote untergeschoben worden waren. Die ARENA wurde so zur Zielscheibe übelmeinender Angriffe. Die ARENA-Leute setzten sich zügig mit dem realistischen Kern der öffentlichen Angriffe auseinander und wehrten eine Krise geschickt ab. Und die gute PR des ARENA-Jubiläums im „Sommer“ dieses Jahres ließ frisches Gras über die leidige Sache wachsen.

Hervorhebenswert an dem ARENA-Jubiläum ist auch noch, daß die Gefahr, daß „20 Jahre ARENA“ zu einer Veteranenreihe degeneriert, vermieden wurde. „Wir sind 2 % Millenium“ hatte soviel Power, daß auch ein kommendes

ARENA-Jubiläum keine sentimentale Sache werden wird.

Der Autor gehörte zu den ersten ARENA-BesetzerInnen und war von der ersten Nacht bis zum Auszug am 9. Oktober 1976 Komitee-Mitglied.



VON LANGEN REISEN UND AUFENTHALTEN

„Mutter und Sohn sind auf Wanderschaft, begegnen zwei Wanderern, und der Sohn stellt sich vor und sagt: ‚Ich bin das Muttersöhnchen.‘ Die beiden Männer spotten zuerst, sind irritiert und bekommen dann Angst.“
Ein Gespräch mit der Autorin
Ruth Aspöck.

ZOOM: *Wie siehst Du deine Rolle als schreibende Frau?*

Ruth Aspöck: Es war so, daß ich relativ lange ausschließlich fachbezogen und im feministischen Zusammenhang veröffentlicht habe und erst vor zirka zehn Jahren wirklich den Entschluß gefaßt habe, Autorin, Schriftstellerin zu werden. Das hängt

auch damit zusammen, daß ich nicht ausschließlich auf einen Frauenzusammenhang reduziert werden wollte. Ich wollte nicht „nur“ als feministische Autorin anerkannt werden, sondern als Autorin. Das heißt natürlich nicht, daß ich mein Bewußtsein verleugne oder die Jahre der politischen Aktivitäten innerhalb und außerhalb der Frauenbewegung. Ich habe aber das Gefühl gehabt, es müsse mir überlassen bleiben, in jedem literarischen Projekt das zu schreiben, was ich möchte. Das ist nicht immer ein Text, der sich ausschließlich mit Feminismus befaßt oder die Welt nur unter diesem Blickwinkel beschreibt, wiewohl natürlich die Erfahrungen meines Lebens und meine Überzeugungen einfließen, sicherlich auch in die Frauenfiguren, wie ich sie zeichne. Aber ich habe diesen Ansatz gehabt, mich in der „normalen“ Literaturlandschaft zu bewähren und nicht nur im geschützten Raum der Frauenbewegung.

ZOOM: *Hat das auch damit zu tun, daß man quasi Frauenliteratur als Untergruppe von Literatur versteht. Sozusagen: Es gibt Literatur und Frauenliteratur, den Begriff Männerliteratur gibt es nicht, also: Männer machen Literatur und Frauen machen Frauenliteratur ...*

Aspöck: Ich hab' emotional das Gefühl gehabt, es geht in die Richtung, daß die Frauenbewegung ihre kleine Nische hat, in der sie sich bewähren darf, sei es jetzt durch einzelne Themen oder sonstwie. Aber damit, daß sie sozusagen in Plastik eingehüllt wurde, ist sie als politische Kraft – sagen wir – handhabbarer geworden für den normalen politischen Diskurs, man könnte auch sagen für die Männerwelt. Insofern konnte sie niemandem mehr weh tun, so radikal sie auch zu sein versuchte. Die Frauen, die sich hinaufgearbeitet hatten, machten dann oft sozusagen Männerpolitik auf „soft“. Ich war dann der Meinung, daß sich mein Feminismus im nichtgeschützten Bereich beweisen und bewähren muß.

Aber um jetzt nochmals auf deine Frage nach der Rolle als Autorin zurückzukommen, da ist eine Schwierigkeit, die ich nicht gelöst habe: Ich versuche in meinen Texten die einseitigen, die männerbezogenen Formulierungen zu vermeiden, muß aber damit leben, daß ich in der Palette der deutschen Sprache ein reduziertes Spektrum habe und daß ich das bei manchen Satzkonstruktionen nicht auflösen kann. In manchen Fällen geht es, in einigen Fällen kannst du es, wenn du experimentell arbeitest, als Provokation verwenden, aber ich schreibe eher erzählend, traditionell, und manchmal ist es für mich unmöglich, so eine Formulierung zu verändern. Ich arbeite daran, Tag für Tag, und ich glaube auch, daß es mir ganz gut gelingt –, aber es gibt eben Satzkonstruktionen, die ich nicht ver-

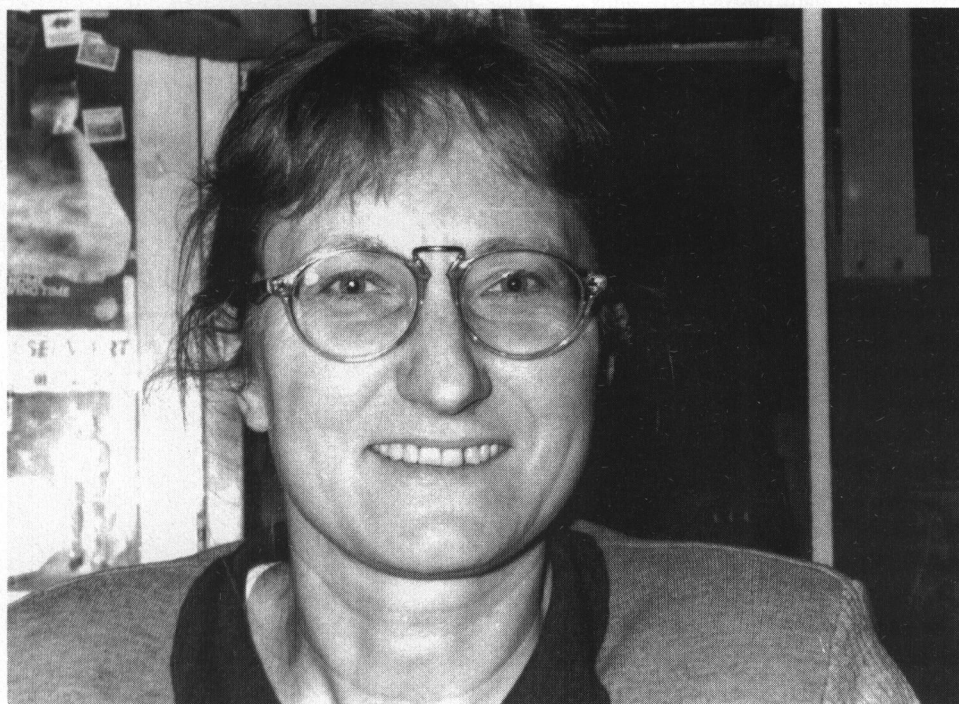


Foto: Ise Kilic

wenden kann. Oder ich resigniere manchmal in einem Detail und sage: Da schaff' ich's nicht, so zu formulieren, daß eben Mensch nicht gleich Mann ist. Da ist die Sprache eben patriarchalisch geprägt, und die kann man nicht nur durch Gutmütigkeit oder „good will“ korrigieren.

ZOOM: *Hängt die Idee des Bewährens auch mit der Gründung deines Verlages „Edition die Donau hinunter“ im Jahr 1992 zusammen?*

Aspöck: Die Verlagsgründung hat mehr mit meinem privaten Leben zu tun als mit meinem Frauenbewußtsein.

Ich mußte mich sicherlich in der Zeit, in der mein Sohn heranwuchs, anders mit meinem Feminismus auseinandersetzen. Die Normen der Männerwelt sind damals auf mich ganz deutlich hereingebrochen, indem die Werte der Männerwelt, die von außen an meinen Sohn herangetragen wurden, für ihn ein Problem waren. Er hat dann versucht, sozusagen sehr männlich zu reagieren, war sehr gespalten in seinen Werthaltungen, hat sich teilweise geniert für seine feministische Mutter. Ich mußte mir überlegen, wie komme ich durch diese Jahre. Also ich hab' mir das als Aufgabe gestellt, daß es eben möglich sein muß, trotzdem ein positives Signal zu geben, auch für heranwachsende Männer, ohne meine Überzeugungen zu leugnen.

Was aber den Verlag betrifft, den Mut dazu hatte ich, weil ich gedacht habe, ich hab' einige Jahre in Zeitschriften gearbeitet, hab' viele Jahre in alternativen Zusammenhängen Publikationen herausgegeben, aber auch im akademischen Verlagswesen gearbeitet. Ich dachte mir einfach: Diesen Bereich kenne ich. Der konkrete Anlaß war die schlechte Erfahrung mit anderen Verlagen, eben auch mit größeren, daß da Dinge herauskommen, die sehr fremdbestimmt sind, also die Themen, der Umfang und das Honorar sind vorgegeben, das einzige Variable ist die Autorin, wenn eine nicht will, macht's eine andere. Das ist nicht das, was ich mir unter literarischer Tätigkeit vorgestellt habe! Also da gibt's einfach eine klare Konzeption, eine bestimmte Schiene von seiten des Verlages, und es wird etwas gesucht, was da rein paßt. Das hat mir nicht gefallen. Die

andere Sache war die Erfahrung mit österreichischen Kleinverlagen, ich habe den Eindruck gehabt, daß es zu wenig Autorenverlage gibt, die die Lage der Autoren und Autorinnen gut kennen und auch die Lage der Verlage.

ZOOM: *Du warst doch auch bei der Gründung des Frauenverlages dabei?*

Aspöck: Nein, das war so: Das Thema Frauenverlag ist damals ein bißchen in der Luft gelegen und wurde im Umkreis der Frauenzeitschrift „AUF“ immer wieder von verschiedenen Frauen überlegt und erwogen. Ich hab' eher zu denen gehört, die sich dachten, das ist eine Nummer zu groß, und das werden wir nicht schaffen. Ich hab auch gesagt, aktiv mach' ich da nicht mit. Dann aber – also der Frauenverlag hat damals noch sein Profil gesucht, das war ja wirklich eine neue, radikale und tolle Sache, er ist ja auch am Anfang ganz kollektiv betrieben worden – war ich diejenige, die gesagt hat, wir sollten auch eine theoretische Schiene haben und nicht nur eine poetische. In dieser Reihe „Frauenforschung“ ist dann als erstes Buch auch mein Band „Der ganze Zauber nennt sich Wissenschaft“ erschienen. Frauenforschung war damals etwas relativ Neues, und insofern dachte ich mir, für die Reihe Frauenforschung müsse es ein Publikum geben.

Der Titel des Buches ist ein Zitat, das ich von der damaligen Ministerin Firnberg genommen habe, sie hat das einmal verwendet, und es hat mir gut gefallen. Der Untertitel ist: „Zur sprachlichen Diskriminierung von Frauen“, dargestellt am Bildungssystem, im engeren Sinn im universitären Bereich. Ich hab' das Buch eher theoretisch angelegt. Damals war es im deutschen Sprachraum ein ganz neues Thema. Das Buch wurde auch gut verkauft, und viele Frauen haben sich davon angesprochen gefühlt.

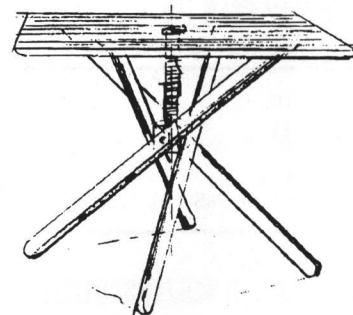
ZOOM: *Ich möchte noch auf ein zweites, in einem anderen Sinn theoretisches Buch kommen, das Buch über Armut.*

Aspöck: Ja, das Buch heißt „Wo die Armut wohnt“. Es ist zwar ein essayistischer Text, aber einer, der doch aus einer Betroffenheit kommt. Mir ist bewußt geworden, daß ich in der Mitte des Lebens stehe und eigent-

Wenn mich jemand fragt: „Wie geht es Dir so als Freischaffende?“ und ich sage: „Gut“, dann weiß ich gleichzeitig, daß es mir gefährlich geht: Nämlich so wie allen Schriftstellern und noch ein bißchen dazu: so wie allen Frauen.

Diese Mischung ist wie ein naßgewordenes Feuerwerk: Es könnte schön sein, hoch in die Luft steigen, die Farbenpracht entfalten ... Aber es regnet und als schreibende Frauen stehen wir entweder im Regen oder in der Traufe oder sitzen zumindest in der Tinte.

aus: Gedichtet. Edition die Donau hinunter, Wien/St. Peter am Wimberg 1995



tabula rasa • Buche
gedämpft • Oberfläche geölt &
gewachst • Tischplatte 75 x 75 cm
Tischhöhe verstellbar 49/61/72 cm
Spannkonstruktion • zerlegbar

GEA
Gehen Sitzen Liegen

A-1010 Wien • Himmelpfortgasse 26*
A-1080 Wien • Lange Gasse 24 & 31
Tel 0222/5121967* • 0222/4083626

bez. Anz.

lich ein fleißiges Leben geführt habe. Irgendwann kommt jeder Mensch drauf, durch redliche Arbeit entkommst du nicht der Situation, daß du immer um vieles weniger hast als die andern, also in unserer Welt. Und da hab' ich schon – unter anderem auch durch Erfahrungen von langen Reisen und Aufenthalt, auch in Ländern, in denen die ganze Bevölkerung sehr arm ist – gesehen, daß es spezifische Verhaltensformen gibt, die eben die Armut hier bei uns betreffen. Also wie die Leute, die objektiv ein Zehntel von dem haben wie ein Wohlhabender und trotzdem diese Gesellschaft bewältigen müssen, das schaffen. Und da beschreibe ich zum Beispiel, daß hier die Zeitfunktion eine wichtige Sache ist, daß arme Leute sehr viel selber machen müssen, wofür andere sogenannte dienstbare Geister einsetzen können und dafür Zeit haben, sich schön zu ma-

chen, sich zu bilden, die Freizeit zu genießen. Daß die Armut weiblich ist, ist ja kein Geheimnis, und daß es da einen Zusammenhang gibt, in bezug auf die weibliche Rolle und die bürgerliche Begehrlichkeit, die sich an sogenannte attraktive Frauen richtet, daß das nur in bestimmten ökonomischen Zusammenhängen möglich ist.

ZOOM: Zum Abschluß die Frage nach deinem neuen Buch „Muttersöhnchenmärchen“.

Aspöck: Ich habe lange überlegt, ob ich mich das trauen soll, weil das (hoffentlich) ein bißchen provokant klingt oder zumindest irritierend. Ich wollte alles haben: das Thema Mutter, das Thema Sohn und das Märchen. Märchen deswegen, weil es eben im Erzählfluß schöner ist als die Welt, aber es sind auch Geschichten drinnen, die genauso grausam sind. Ausgangspunkt des Buches ist, daß

ein junger Mann, der in einer Frauengesellschaft aufgewachsen ist, sich in der „normalen“ Welt orientieren muß. Es gibt dann die zweite Geschichte, in der Frauen versucht haben, eine Art heile Welt in einem abgeschiedenen Tal zu bilden. Dieser Traum geht aber nicht in Erfüllung – das ist auch eine Botschaft. Es gibt eine Schlüsselstelle: Mutter und Sohn sind auf Wanderschaft, begegnen zwei Wanderern, und der Sohn stellt sich vor und sagt: „Ich bin das Muttersöhnchen.“ Die beiden Männer spotten zuerst, sind irritiert und bekommen dann Angst, weil sie sich das nicht vorstellen können.

Noch etwas: Ich habe als Kind in dem Haus gewohnt, in dem Johannes Kepler gewohnt hat. Dessen Mutter hat einen Prozeß als Hexe gehabt. Das war eine Zeit der Polarisierung, wo das Evangelische eher für Aufklärung und logisches Denken gestanden ist und daneben als Gegenpol das mystische Denken. Da sehe ich eine Parallele, denn heute sind diese beiden Pole wieder sehr präsent. Auch das habe ich in diesem Buch zu zeigen versucht, diese beiden großen, zumindest scheinbar gegensätzlichen Kräfte.

Ich wünsche mir sehr, also ich hoffe, daß meine Haltungen und Überzeugungen einen Ausdruck finden, und ich glaube, daß es gerade momentan sinnvoll ist, eine klare Position zu vertreten.

ZOOM: Ich danke Dir für das Gespräch.

Das Gespräch führte Ilse Kilic.

Arbeiten von Ruth Aspöck (Auswahl):
Emma oder die Mühen der Architektur. Die Geschichte einer Frau aus Wien oder: Wer fürchtet sich vor dem Schwarzen Mann?; Wien 1989.
Ausnahmezustand für Anna, 59 Stationen auf vier Reisen; 1992.
Wo die Armut wohnt; 1992.
Gedichtet, prosaische Lyrik; 1995.
Muttersöhnchenmärchen; 1996.

Außerdem: zahlreiche Beiträge in Büchern; unter anderem:
Bildung und Ausbildung aus feministischer Sicht. In: „mixer, mikro, mischmaschine“. Zum gesellschaftlichen Stellenwert der Frauennarbeit; 1985.
Österreichische Antifaschistische Gruppen in Lateinamerika. In: Vertriebene Vernunft II; 1988.

8. bis 25. Oktober

WUK

WUK Musik

Dienstag, 8.10.

DRUM & BASS NIGHT: SABOT (USA), SPLINTERS (A)

DJs: H.nes, Cpt. Jogurt

Einlaß 20.00, Gr. Saal, öS 140,-/120,-/100,-

Donnerstag, 10.10.

FUNNY VAN DANNEN (D)

20.00, Gr. Saal, öS 160,-/140,-/120,-

Samsatg, 19.10.

PLANET E (A)

feat. DJ H.nes

Einlaß 20.00, Foyer, öS 140,-/120,-/100,-

Freitag, 25.10.

KONVENTION DER HERZENSBRECHER

feat. Der Scheitel (A), Wanderin' Star (A), Adolfo Lopez (MEX), Rockin' Janitor (A), Joesphine M. (A)

DJs: Hergo, Herbie, Erich, Les Messieurs, Angie

Einlaß 20.00, öS 140,-/120,-/100,-

WUK Theater

WUK THEATER Kartenreservierung WUK Kassa 40 121-70, dietheater Kasse 587 05 04

Donnerstag, 3.10. bis Sonntag, 13. Oktober

URAUFFÜHRUNG „EINSAMKEIT DER LUST“

Eine Performance nach Texten von Margit Hahn durch das PROJEKT THEATER/Wien-New York

20.00 Museum, öS 160,-/120,-

Werkstätten- und Kulturhaus, Währingerstr. 59, 1090 Wien, Information: 40 121

bez.Anz.

Head Networking Japan

Eine der aktivsten japanischen
Mail-art- oder Networker-
„Gruppen“ versammelt sich um
die Zeitschrift AU.

VON FRITZ WIDHALM

Die Poster- und Wand-Zeitschrift AU (Art Unidentified, 1-1-10 Koshien-guchi, Nishinomiya Hyogo, 663 JAPAN), die bereits seit Anfang der achtziger Jahre erscheint und von der schon weit über 100 Nummern erschienen sind. Die Zeitschrift ist zweisprachig gedruckt, japanisch und englisch, wobei auch hier, wie weltweit im Mail-art-Network,

„DADA bzw. Fluxus und seine Folgen, Auswirkungen“ einer der großen inhaltlichen und künstlerischen Schwerpunkte sind. Ein anderer, gleichwertiger Strang sind Mail-art-Aktivitäten, in denen das japanische „Lieblingsmonster“ GODZILLA seine sowohl humorvolle als auch philosophische Auferstehung feiert. Das Monster GODZILLA, ein tyrannosaurus-artiges urzeitliches Ungetüm, schlief am Meeresgrund und erwachte durch radioaktive Verseuchung, unter anderem im Zusammenhang mit Atombombenabwürfen, zu seinem Monsterleben. In diesem Monsterleben ernährt es sich von radioaktiven Abfällen und kann also meist nicht anders, als in Richtung des nächsten Atomkraftwerks bzw. Atomtestgebiets zu marschieren. Die meisten „GODZILLA“-Projekte (Mail-art-Ausschreibungen, Live-Performances und ein MonsterFilm-Projekt, bei dem NetworkerInnen aus aller Welt jeweils 1 Minute Film drehen und nach Japan schicken) verstehen sich als Warnungen, als Friedensbotschaften und/oder Aufarbeitungen des Atombombenabwurfs auf Hiroshima.

Besonders erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch das Projekt des 60-jährigen Networkers Shozo

Shimamoto, Professor der Kyoto University of Education in Nishinomiya City, der Postkarten seines kahlgeschorenen Kopfes rund um die Welt sandte und sowohl NetworkerInnen als auch PolitikerInnen dazu aufforderte, seinen Glatzkopf mit einer Friedensbotschaft zu verschönern und am 6. August, dem Tag als die Atombombe auf Hiroshima abgeworfen wurde, an ihn zurückzusenden. Die zahlreichen zurückgesandten Postkarten wurden danach in seiner „Art Space“-Gallery in Nishinomiya City ausgestellt. Während der Ausstellung fanden Performances von Nobuko Sugai, Yoshiaki Inui, Hisashi Muroi, Naga-hiro Kinoshita und anderen statt, in deren Zentrum immer die Bemalung, -schriftung oder -handlung des Glatzkopfes von Shozo Shimamoto stand. Diese Aktionen wurden von Keizo Kobashi fotografisch festgehalten und in der Zeitschrift AU, Nummer 93 bis 102, teilweise abgedruckt.

Als Zeitung erscheint seit ebenfalls über zehn Jahren in OSAKA ein „stamp-artzine“: Ryosuke Cohen sammelt von NetworkerInnen aus aller Welt gestaltete Originalstempel und stempelt damit eine riesige Wandzeitung in einigen hundert Stück Auflage.

In der nächsten Nummer:
KatKiller, ein Kassettenlabel aus Essen.

24時間放送時代に向けて、民放各局は深夜の活性化に努めている。それぞれ「深夜は映画」という「固定観念」を抱いて、アイデア勝負の独自企画を配する方針のようで、このところユニークな番組が目立ってきている。

12日深夜1時05分から読売テレビで放送される「日本の現代美術」は、美しい映像と音楽でつづる、テレビ美術展。"Revealed Japan" (仏語で「日本の夢」の意味) シリーズの第1弾として、アーティストの作品紹介とインタビューを中心に日本の現代美術の現状を探っていく。海外作品を好む傾向にある日本人に、国内のものにも目を向けてもらうという企画。日本人のための「日本美術講座」といったとて、登場するのは、パフォーマー、ス・アートヘッド・ネット・ワーキングで知られる嶋本昭三(写真)をはじめ、池田満寿夫、横尾忠則ら。番組は4部構成で、1部は「目で追いかける現代美術史」と題し、ニューヨーク近代美術館の学芸員らが世界の現代美術の流れを説明。2部は「日本現代美術史」で、フランス人アーティストの日本美術研究家イサベル・シャリエが出演。3部は「1988日本の現代美術」作家と作品で、世界の美術シーンにおける日本人作家の「位置」を明確にしながら、作品を紹介。最後は「現代美術の問題点」で、文字とおり現代美術をめぐる諸問題にふれる。約3時間半の放送。

テレビ美術館

番組表

12日深夜1時05分から読売テレビで放送される「日本の現代美術」は、美しい映像と音楽でつづる、テレビ美術展。"Revealed Japan" (仏語で「日本の夢」の意味) シリーズの第1弾として、アーティストの作品紹介とインタビューを中心に日本の現代美術の現状を探っていく。海外作品を好む傾向にある日本人に、国内のものにも目を向けてもらうという企画。日本人のための「日本美術講座」といったとて、登場するのは、パフォーマー、ス・アートヘッド・ネット・ワーキングで知られる嶋本昭三(写真)をはじめ、池田満寿夫、横尾忠則ら。番組は4部構成で、1部は「目で追いかける現代美術史」と題し、ニューヨーク近代美術館の学芸員らが世界の現代美術の流れを説明。2部は「日本現代美術史」で、フランス人アーティストの日本美術研究家イサベル・シャリエが出演。3部は「1988日本の現代美術」作家と作品で、世界の美術シーンにおける日本人作家の「位置」を明確にしながら、作品を紹介。最後は「現代美術の問題点」で、文字とおり現代美術をめぐる諸問題にふれる。約3時間半の放送。

美しい映像と音楽でつづる「日本の現代美術」
上記はサンケイ新聞3月8日の記事です。
5月15日2時よりアートのスペースにて番組
の上映会を致します。(無料)

Impressum

Medieninhaberin: ARGE für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit;
Schottengasse 3A/1/59, A-1010 Wien, Tel. ++43-1-535 11 06, Fax: ++43-1-532 74 16,
E-Mail: ZOOM@thing.or.at.
Redaktion: Günther Castanetti, diE nOT, Gerold Ecker, Manfred Gmeiner, Julia Hošek, Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Ilse Kilic, Alexander Lehar, Alfred Pranzl, Andreas Rieder und Peter Steyrer.
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Peter Gstettner, Birgit Hebein, Ahmed Mohamadi, Christian Mokricky, Elisabeth Reichart, Nicola Schmidt, Dieter Schrage, Fritz Widhalm.
Layoutentwurf: Anita Frühwirth, Gerald Waibel.
Layout: Andreas Rieder.
Titelfoto: Alexander Lehar.
Hersteller: Brücke, 1010 Wien.
Erscheinungsweise: 8 x jährlich
Abo: 250,-/Jahr; Ausland: 350,-/Jahr (50,- DM; 45,- SFr), bitte bar zusenden.
Konto: 10010 670 573 bei BAWAG, BLZ 14000.

Die ZOOM ist Mitglied der VAZ – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften. Flugblätter etc. werden als Dokumente aufgenommen und sind Bestandteil der ZOOM. Soweit diese Impressi tragen, haben sie keine Gültigkeit, es gilt lediglich das Impressum der ZOOM.

Inmitten des Wahns

Auszug aus der Rede der Kärntner Schriftstellerin Elisabeth Reichart, die sie am 5. September zur Eröffnung der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944“ in Klagenfurt gehalten hat.

Obwohl ich mich seit dem Studium mit dem Nationalsozialismus beschäftige, seine Auswirkungen auf unsere Gegenwart ein Hauptthema meines Schreibens ist, hatte ich Angst vor diesen Photos. Wie ich immer Angst hatte vor Photos aus der Zeit des Nationalsozialismus. Ich erwarte, das Gesicht eines der Männer zu sehen, unter denen ich aufgewachsen bin. Obwohl ich weiß, meine Großväter waren nicht im Zweiten Weltkrieg, waren keine Nazis.

Was meine Onkeln taten, weiß ich nicht. Mein Vater war ein Kindernazi und laut seinen Worten die letzten Kriegsjahre zur Ausbildung in Norddeutschland. Er wollte zur Marine, und anscheinend wurde ihm dieser Wunsch erfüllt. Aber das Mißtrauen den Worten gegenüber, sobald es um diese Zeit geht, sitzt tief, kommt aus dem unsäglichen Schweigen, in dem ich mich allein zurechtfinden mußte.

Ich hatte noch nie Angst, den Namen oder das Gesicht eines Opfers von alten Photos wiederzuerkennen. Von den Opfern war nie die Rede.

Ansonsten: Den Krieg hatte es gegeben, und er war schlecht. Außerdem hatte ihn niemand gewollt. Das Wort Befreiung existierte nicht. Wir hatten den Krieg verloren. Mit Verlierern können die Sieger machen, was sie wollen. Es gab die guten „Besatzer“, das waren die

Amis, die uns halfen. Und es gab die schlechten „Besatzer“, das waren die Russen, die uns alles nahmen, weshalb auch die militantesten Antikommunisten für eine Verstaatlichung im großen Umfang eintraten, um die „deutschen“ Betriebe vor der Sowjetunion zu retten. Der Völkermord in der Sowjetunion durch die deutsche Wehrmacht, die SS usw., diese Voraussetzung der Anwesenheit der Truppen und ihres Verhaltens wurde nicht benannt.

Es gab die guten Menschen, das waren die Österreicher, die von dem bösen Menschen, das war Hitler, verführt worden waren, was zumindest Hitler nicht daran gehindert hatte, als österreichischer Katholik aufzuwachsen. Noch schlechter als der Krieg, aber grotesker Weise auch gefährlicher, war die Politik. Die Erwachsenen taten, als hüteten sie ein Staatsgeheimnis, wenn es darum ging, wen sie wählten. Über den Ursprung dieser Angst sagten sie nichts.

Ich erinnere mich an keine Kriegsberichte, nur an Erzählungen über die Kriegsgefangenschaft. Offenbar waren alle in Gefangenschaft. Eine zweiseitige Sache, mit der sie indirekt mehr ausdrückten, als sie wollten. Damals verfügte ich noch nicht über den gespaltenen Blick auf ein Wort, fehlte mir nur, vertraut mit den Mechanismen der Strafe, die Tat, die es zumindest für die Bestrafter geben mußte. Aber da ich nicht mitreden durfte, blieb ihr Geheimnis gewahrt. Wie sie auf ihrer abenteuerlichen und wie vom Himmel auf sie gefallenen Kriegsgefangenschaft bestanden, bestanden sie darauf, daß ich unter ihren unreflektierten Erfahrungen litt. Diese Menschen ertrugen es nicht, wenn ich mich wehrte. Sie waren unfähig, Unrecht einzusehen. Wenn ich es benannte, war ich die Böse. Sie waren autoritätsgläubig bis zur Selbstverleugnung, und es machte sie verrückt, wenn ich diesen Glauben nicht teilte. Dabei waren die Autoritäten inzwischen Priester,

Ärzte, Lehrer oder Direktoren, keine wirklich Mächtigen mehr. Als Kind war ihre Angst meine. Später stellte ich ihr Verhalten, das für mich ohne geschichtlichen Hintergrund war, und das sie mir als meines vorschrieben, in Frage. Doch zugleich blieb ich ihr Produkt. Es dauerte sehr lange, bis ich den Mut fand, Unzumutbares abzulehnen, nein zu sagen, um Hilfe zu bitten, einen Zwiespalt auszuhalten, anstatt ihn mit einem Entweder-Oder zu ersticken. Verantwortung für mich zu übernehmen, tolerant zu sein.

Ich gehe davon aus, daß mein Vater kein Kriegsverbrecher war und die meisten der Männer, die ich als Kind kannte, ebenfalls nicht. Alles, was sie an mich weitergegeben haben, spricht für diese Vermutung. Sie lehnten all das in mir ab, was sie in sich unterdrückt hatten, aber nicht mich. Wie aber kehrten die Männer heim, die sie in dieser Ausstellung sehen werden? Die sich mit einem Erhenkten photographieren ließen, die Frauen und Kinder erschossen? Denn wenn auch die verbrecherischen Befehle an die Truppe ergingen, so waren es doch einzelne Individuen, die sie ausführten. Der einzelne hat gemordet. Niemand hat es für ihn getan. Und er hat keinen Gebrauch gemacht von der Möglichkeit, nicht zu morden. Er hätte sich in eine andere Truppe versetzen lassen können, es wäre ihm, entgegen aller anderslautender Rechtfertigungen, nichts passiert, hätte er sich an der Ermordung der Juden nicht beteiligt. Die nationalsozialistische Führung war absolut sicher, genügend Freiwillige für ihre Mordpläne zu finden. Und so war es auch.

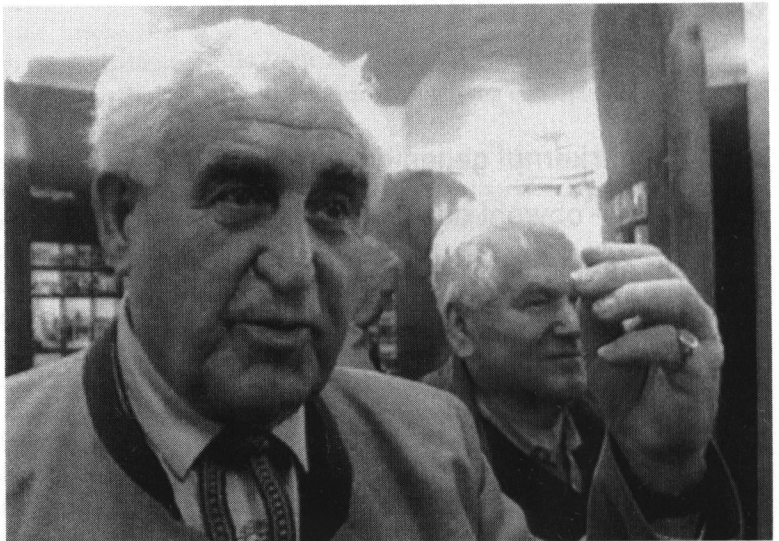
Eines wird uns, so ungern wir uns dessen bewußt sein mögen, durch diese Ausstellung wieder deutlich: Jeder Soldat kann beim entsprechenden Befehl zum ganz gemeinen Mörder an unbewaffneten Menschen werden, sogar an Kindern. Dies ist der wunde Punkt schlechthin. ■

Jenseits des Krieges

Ein Film von Ruth Beckermann und Peter Roehsler

Weißgekachelte Räume, Neonlicht: an den Wänden Schwarzweißfotografien der Ausstellung „Vernichtungskrieg“ über die Verbrechen der Wehrmacht an der Ostfront. Vor diesem Hintergrund drehen Ruth Beckermann und Kameramann Peter Roehsler eine Anhörung ehemaliger Soldaten über ihre Erfahrungen und Erlebnisse jenseits des „normalen“ Krieges. In einer Mischung aus Hilflosigkeit, Ohnmacht, Scham, Opportunismus und ungebrochenem Fanatismus berichten die Zeugen dieser Zeit von Verbrechen wie den Erschießungen russischer Kriegsgefangener, der Ermordung der Juden und der Mißhandlung von Frauen. Die verschiedenen Versionen der Ereignisse zeigen, wie selektiv Wahrnehmung selbst im grausamsten Umfeld war.

Mit diesem Film wird nicht allein die Zerstörung des Mythos von der anständigen Wehrmacht vorangetrieben, sondern die Gründungsphase der Zweiten Republik erhellt und eine Diagnose der Gegenwart gestellt.



Es werden die Väter gezeigt, die den Wiederaufbau des Landes leisteten, die unsere heutige Gesellschaft formten und die nicht zuletzt ihre Vorstellungen an ihre Söhne und Töchter weitergaben – und die nach mehr als fünfzig Jahren endlich zu sprechen versuchen.

Die Bilder dieses Krieges in den „talking heads“ – sie entstehen so eindringlich wie selten in historischen Dokumenten oder Spielszenen.

dabei ... Da waren Leute, die haben sich niedergekniet und geschrien: ‚Mein Vater ist Deutscher, meine Mutter ist Deutsche.‘ Die sind alle erschossen worden. Am nächsten Tag – es waren vielleicht 30 Leute, 30 Polen, die sie dort erschossen haben – haben sie Juden geholt zum Eingraben. Die mußten Gräber schaufeln, da war ein junger Jude dabei – das hat man mir dann erzählt –, 20 Jahre, der hat dem einen Faustschlag ins Gesicht gegeben. Und daraufhin hat er ihn gleich mit dem Gewehr erschlagen ...“ ■

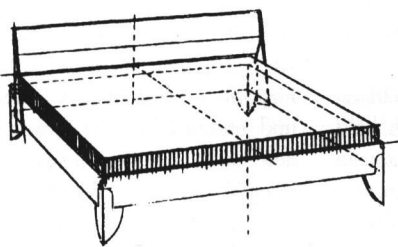
Szene aus dem Film

Ein ehemaliger Soldat: „Ich weiß nicht mehr, wo das war. Es war ein Dorf, da sind wir gelegen mit unserer Flugmeldestation, und da ist dann am Abend ein Unteroffizier gekommen und hat gesagt: ‚Wer geht mit freiwillig, da revoltieren polnische Gefangene. Wer geht mit, da gibt’s Eisernes Kreuz usw.‘ Und ich hab’ gesagt, ich gehe nicht mit, aber es haben sich ... einer hat sich gemeldet, das war ein Österreicher, und dann noch jemand, ich weiß nicht mehr ... Der Unteroffizier war ein ziemlicher Rowdy, ... ein Bayer, Kern hat er geheißt, den Namen werde ich nie vergessen. Und da sind die rein in die Schule, wo die Gefangenen waren, und der hat dort aufgeräumt mit ihnen sozusagen ... Er hat die Leute zu erschießen begonnen. Er hat Deutschpolen aus Posen

Premiere im Rahmen der Viennale:
Sonntag, 20.10.1996, 18 Uhr 15
Stadtkino

Warum besuchen diese alten Männer die Ausstellung? Wie erotisch ist ihr Verhältnis zu diesen Fotos? Ihr geheimes Verhältnis, das, weil verboten, seinen Reiz nicht verliert. Was prägt die Menschen wirklich? Warum waren es gerade sie? Das große Rätsel. Das deutsche Rätsel. Was sind das für Väter? Und was denken ihre Kinder, wenn’s drauf ankommt? Warum höre ich mir das an? Die einzige Filmform: Auftritt, Abtritt; eine Serie. Eine Anhörung.

Ruth Beckermann
(aus dem Drehtagebuch)



fred & frieda

Buche gedämpft • Oberfläche
geölt & gewachst • Steckkonstruktion
zerlegbar • 90/100/120/140/160/
180/200 x 200 cm • ohne
& mit Haupt

GEA
Gehen Sitzen Liegen

A-1010 Wien • Himmelfortgasse 26*
A-1080 Wien • Lange Gasse 24 & 31
Tel 0222/5121967*•0222/4083626

Abwehrkampf gegen die Erinnerung

Der „Abwehrkampf gegen die Erinnerung“ ist – obwohl das der Titel vielleicht nahelegt – kein Kärntner Spezifikum. Die Mechanismen des Vergessens, des Umdeutens der Geschichte, der Selbstrechtfertigung sind weder individuelle Erscheinungen noch auf bestimmte Regionen oder Gruppen begrenzt.

VON PETER GSTETTNER

Nach 1945, und besonders nach 1948, als die Amerikaner angesichts der Veränderung der weltpolitischen Lage ihre Aufmerksamkeit viel mehr dem „kalten Krieg“ als ihrem Entnazifizierungsprogramm widmeten, begann in Deutschland (und noch offener in Österreich, das sich ja als „Opfer“ der Hitleraggression definierte) der *Abwehrkampf gegen die Erinnerung*. Die allgemeine Stimmung dafür war günstig; die „Hauptschuldigen“ standen in Nürnberg vor dem Siegertribunal, die heimischen Parteien begannen um die Wählergunst der Millionen Mitläufer und geringer „Belasteten“ zu buhlen; weitere Untersuchungen über Engagements für das NS-Regime verliefen im Sand oder endeten mit Freisprüchen; die meisten Verfahren wurden eingestellt. Für die „Ehemaligen“ hieß das Gebot der Stunde: sich rechtfertigen, alle Mitverantwortung, Mitschuld, Teilhabe leugnen, Abwehr mobilisieren – frei nach dem Motto: Wir haben von den Verbrechen nichts gewußt, die Opferzahlen der Juden sind übertrieben, in anderen totalitären Systemen hat es auch KZs gegeben, viel schlimmere sogar, die anderen haben

also auch Verbrechen begangen, macht endlich Schluß mit diesen Diskussionen, laßt uns endlich in Ruhe, es war nicht alles schlecht an der Hitler-Zeit usw. (vgl. Giordano 1987).

Es war, so schreibt der deutsche Politikwissenschaftler Graf Kielmansegg, „das gleiche einfache und mächtige Motiv, das so viele von ihnen bestimmt hatte, sich mit dem Regime Hitlers auf die eine oder andere Weise einzulassen, die Sorge um die Stellung, das Fortkommen, den gesellschaftlichen Status, die gesicherte bürgerliche Existenz ...“ (Graf Kielmansegg 1989, S.34). Die meisten hatten mit dem Abwehrkampf gegen die Erinnerung Erfolg, nicht zuletzt deshalb, weil, wie Graf Kielmansegg weiterführt, „ihnen eine weit verbreitete Bereitwilligkeit, einander zu entlasten, zu Hilfe kam. Jeder bescheinigte dem anderen, daß er nur zum Schein Nationalsozialist gewesen sei, sich jedenfalls nichts habe zuschulden kommen lassen ... charakteristisch war die allgemeine Exkulpationssolidarität, die die Deutschen verband“ (Graf Kielmansegg 1989, S.35).

Diese Solidarität im gegenseitigen Sich-Frei-Sprechen hatte schon bald ihren organisatorischen Rahmen in den Vereinen gefunden, die sich wieder konstituieren durften (in Österreich zumeist erst nach 1955), in den Traditionsvereinen, Turnerbünden, waffentragenden Verbindungen, Kameradschaftsverbänden, in den organisierten Vereinsabenden und Treffen der ehemaligen SS-Verbände und Nazi-Ordensträger. So wurde es möglich, schreibt Graf Kielmansegg weiter, „zu vergessen, daß man eben nicht nur einen Krieg geführt hatte, in dem es da und dort zu Exzessen gekommen war, sondern einen Krieg, in dem hinter der Front Millionen wehrlose Menschen ohne jeden Zusammenhang mit den Kriegshandlungen planmäßig ermordet wurden“ (1989, S.47).

Es wäre aber leichtfertig und fast eine Beschönigung zu sagen, daß es *keine* spezifischen Kärntner Aspekte im Abwehrkampf gegen die Erinnerung gäbe. Bei jedem Aufarbeitungsversuch der Kärntner NS-Geschichte stellt sich schon sehr bald die Frage, weshalb in diesem Land Geschichtswissen so lückenhaft und einseitig ist und weshalb Geschichtsbewußtsein so stark von oben her verordnet wird – und offensichtlich verordnet werden muß, damit ja niemand auf die Idee kommt, die andere, die dunkle Seite der Vergangenheit, die verschwiegene Geschichte anzusprechen und so den *Schweigekonsens* zu brechen. Das dominante politische Interesse, aber auch das der herrschenden Kärntner Geschichtsschreibung, galt und gilt der Aufrechterhaltung des Schweigens rund um die Naziverbrechen, um ihre Urheber und ausführenden Organe. Das macht historische und pädagogische Aufklärung in diesem Land so schwer, schwerer als in anderen Ländern. Wenn die historische Aufklärung zusätzlich von dem ständigen Verdacht begleitet ist, eine „linkslastige Historiker-Schickeria“ sei am Werk und untergründig geschähe womöglich auch „antifaschistische Erziehung“ – und das will man offensichtlich auf keinen Fall zulassen –, dann wird klar, weshalb „Antifaschismus“ von nationalen und rechten Politikern ständig als eine „linke Strategie der Gehirnwäsche“, als „Tugendterror“ und „Keulenschlag gegen Andersdenkende“ denunziert wird – obwohl Antifaschismus, also die grundsätzliche Ablehnung und Bekämpfung jeder Variante und jedes Aufkeimens von NS-Gedankengut, Grundlage unserer Verfassung und Republik ist. Als „Alternative“ zum verunglimpften Antifaschismus wird das „Kärntner Heimatbewußtsein“ propagiert. Dieses „Heimatbewußtsein“ ist offenbar nichts anderes als die affirmative Hin-

wendung zur „bodenständigen“, immer schon unkritisch vorausgesetzten positiven Emotion hinsichtlich des „großdeutschen Kultur- und Sprachraums“, wenn nicht gar hinsichtlich der Werte des „Dritten Reiches“. Daraus leiten gewisse Politiker dann auch kühn die Zielbestimmung für die heutige Schule ab – wie etwa einer von ihnen bei einer Wahlveranstaltung im Herbst 1994 formuliert hat: „Schulen sollen Kinder bilden und nicht ihre Gehirne mit antifaschistischem Gschwätz vollstopfen.“ (J. Haider, zit. nach Scharsach 1995, S.265)

Das Unterdrücken des historisch aufgeklärten Diskurses in der Öffentlichkeit gehörte zum Habitus der in Österreich seit 1945 herrschenden parteipolitischen Kultur der drei dreifachen Parteien (vgl. Gstettner 1996). Kein Wunder also, wenn der über Österreich hinaus bekannte Antifaschist und Widerstandskämpfer Hermann Langbein, der die KZs in Dachau, Neuengamme und Auschwitz überlebt hat, über die Zeit nach 1945 schrieb: „Die täglichen Probleme des Aufbaus (...) standen damals drängend im Vordergrund. Das habe ich verstanden, und habe gewartet, bis man sich damit auseinandersetzte, wieso es zu einem Auschwitz kommen konnte und was zu tun sei, damit ein ähnlicher Weg nie mehr beschritten werden konnte. Ich habe vergeblich gewartet.“ (Langbein 1987, S.8)

Langbein stieß besonders in Kärntner Schulen auf ein Unwissen, das ihn schockierte. Einer der ganz großen und überall im Reich tätigen Massenmörder aus der Kärntner SS-Clique um den Gauleiter Rainer, Odilo Globocnik, war im Unterricht offenbar nie namentlich genannt worden: „Als ich in Kärntner Schulen (...) fragte, wer Globocnik war, konnte kein Schüler antworten. Und ich fürchtete, auch die Lehrer wußten nicht, was dieser Kärntner Altnazi in den Vernichtungslagern Ostpolens verbrochen hat. Auch der Name seines Stabschefs, des Kärntners Ernst Lerch, war niemandem bekannt ...“ (Langbein 1987, S.14/15)

Das Verschweigen und in der Folge die Unkenntnis geschichtlicher Fakten sind auch die Hauptgründe für das heute so weit verbreitete Unverständnis gegenüber dem Schicksal von Minderheiten, Ausländern, Fremden

und „Abweichenden“. Die Weigerung der Mehrheit, sich einfühlsam in die Lage von Minderheiten zu versetzen, äußert sich in der trotzigsten Frage: Warum sollte man sich auch in die Lage von Minderheiten versetzen, wenn die Geschichte auf Seiten der Mehrheit ist bzw. von ihr geschrieben wird – als Geschichte von Fortschritt, Aufbau und Wohlstand, als Geschichte von Kriegen, Helden und ewigem Abwehrkampf?

In Kärnten ist es die Geschichte, die seit 1920 als große Erzählung von Abwehrkampf und Grenzlandmythos von Generation zu Generation weitergegeben wird. Diese Geschichte beinhaltet vier zentrale Dogmen, nämlich (a) daß das „Grenzland“ immer schon ein bedrohter Raum war, (b) daß die Bedrohung immer vom slawischen Süden her kam, (c) daß die kulturell höherwertigen Menschen immer aus dem Norden kamen und (d) daß die Völker, Volksgruppen und „Rassen“ nicht vermischt werden dürfen (nachzulesen bei den Kärntner Historikern Hans Steinacher, Martin Wutte u. a.).

So tat man sich seit jeher schwer, etwas anzuerkennen, das nicht arisch-germanischen, sondern slawischen Ursprungs war. Vollends in Schwierigkeiten geriet man, als es galt, gemäß der Moskauer Deklaration von 1943 den Alliierten nachzuweisen, daß Österreich 1938 zwar „das erste Opfer“ der Aggression Hitlers gewesen sei, in der Folge aber zur Befreiung vom Nazi-Joch auch eigene Anstrengungen unternommen habe. Dieser „Widerstandsnachweis“ war für die Staatsvertragsverhandlungen wichtig, wenn nicht entscheidend. Doch selbst beim angestrengten Suchen nach dem antinazistischen Widerstand war man bestrebt, den *Partisanenwiderstand der Kärntner Slowenen* zu minimalisieren und dem „jugoslawischen Kommunistenführer“ Tito in die Schuhe zu schieben. So blieben Partisanen, KZ-Häftlinge, Deserteure, Kriegsgefangene und die wenigen Juden, die den Holocaust überlebt hatten, auch nach 1945 in der Öffentlichkeit entweder „vergessen“ oder mit jenen negativen Attributen behaftet, die die Nazis für angeblich Arbeitsscheue, Asoziale, politisch Unzuverlässige und Kriminelle reserviert hatten.

„Nicht die Ausstellung, sondern die Befehlenden und die Exekutierer haben einen Teil der Soldatenehre besudelt. Diese mögen sich schämen, zumindest aber schweigen.“

Alle Zitate sind dem Klagenfurter Gästebuch der Wehrmachtsausstellung entnommen.

Viele Kärntner Slowenen, die von den Nazis 1942 zwangsausgesiedelt wurden, weil sie als „Nationalslowenen“ als unzuverlässig galten oder im Verdacht standen, den Partisanenwiderstand unterstützt zu haben, können sich noch erinnern, daß sie 1945 bei ihrer Rückkehr aus den Lagern in ihrer Heimat alles andere als freudig begrüßt wurden, daß ihre Höfe geplündert und die Felder verwüstet waren. „Freiheitliche“ Politiker rechneten ihnen vor, daß doch jetzt mehr zurückgekommen sind als damals ausgesiedelt wurden; außerdem sei die Aussiedlungsaktion eine bevölkerungspolitische Maßnahme gewesen, um die Kärntner Slowenen zu schützen, da das Leben an der Grenze zu Jugoslawien zu gefährlich geworden sei usw. usf.

So ein Umgang mit der Vergangenheit zeigt, daß der „unangenehme“ Teil der eigenen Geschichte verdrängt werden muß, weil dieser Teil in der

„Allen Leuten, die sagen: ‚Das hat es doch nie gegeben‘, sollte man mal in den Arsch treten und das zeigen!“

herzeigbaren Nachkriegs-Landesgeschichte nicht aufscheinen darf, da er gleich mehrfach „belastet“ ist:

Einmal durch die Tatsache, daß überproportional viele Österreicher (und Kärntner) an prominenter Stelle in den NS-Terrorapparat als Handlanger, Mitläufer und Ausführende involviert waren. Darunter gab es nicht wenige, die sich im antislawischen Abwehrkampf von 1918/19 soldatische Meriten auf der Seite der Deutschnationalen erworben hatten und die dann ihre Karriere in NSDAP-Organisationen, in SA und SS fortzusetzen wußten, z. B. Männer wie Hubert Klausner, Alois Maier-Kaibitsch, Hans Steinacher u. a. Eini-

ge davon wurden nach dem 8. Mai 1945 von den Kriegsverbrechertribunalen angeklagt und verurteilt, nur ganz wenige wurden hingerichtet (so der ehemalige Kärntner Gauleiter Friedrich Rainer in Jugoslawien).

Zum anderen war der antinazistische Widerstand in Österreich untrennbar mit den Partisanen verknüpft, die den Nazi-Truppen gerade an den strategisch wichtigen Grenzübergängen in Kärnten und in der Steiermark erhebliche Schwierigkeiten gemacht hatten. Und der Partisa-

„Es wird ihnen nicht gelingen, den Glauben an die Ehre der deutschen Frontsoldaten im Zweiten Weltkrieg zu zerstören.“

nenwiderstand ist untrennbar mit der slowenischen Minderheit in Kärnten verbunden, da diese Volksgruppe den größten Anteil an Partisanen und an Unterstützungsleistungen für den Widerstand auf österreichischem Boden stellte. Außerdem waren die Partisaneneinheiten das natürliche Aufnahmefeld für jene KZ-Deportierten vom Loibl, denen die Flucht aus dem Lager gelang.

So konnte mit der *Löschung der Erinnerung* an die Nazi-Zeit in Kärnten ein doppeltes Ziel erreicht werden: Man konnte ungetrübt der „großen Söhne der Heimat“ gedenken, ohne deren Identifizierung mit dem NS-Regime thematisieren zu müssen, und man konnte die Widerstandstätigkeit der Partisanen herunterspielen und als unsoldatische, aufgezwungene, von jenseits der Grenze stammende Machenschaften irgendwelcher kommunistischer Banden denunzieren. Nebenbei konnte man der slowenischen Minderheit signalisieren, daß sie auch in der Nazi-Zeit auf der „falschen Seite“ gestanden habe und sich deshalb nicht zu wundern brauche, wenn sie den Deutschnationalen, den Nationalsozialisten im besonderen, ein Dorn im Auge waren und deshalb als Menschen zweiter Gattung behandelt wurden.

Ich komme vom Besonderen zum Allgemeinen: Erinnerung arbeitet mit dem menschlichen Gedächtnis. Wie das Gedächtnis funktioniert, hat seit jeher die Psychologen interessiert. Sie

haben zahllose Versuche mit der Merkfähigkeit gemacht, haben die sogenannte Vergessenskurve gefunden und eine Reihe von Faktoren identifiziert, die die Erinnerung verfälschen können. Ein schwerwiegender Faktor, der auf das Erinnerungsvermögen prägend oder bis zur Auslöschung wirken kann, ist das *Trauma*, d. h. entweder eine zerebrale Verletzung oder ein psychisches Erlebnis, das zu bleibenden Schäden oder zum Tod geführt hat.

Das Trauma ist eine extreme Erfahrung, eine unheilbare Verletzung; „unheilbar“ nicht nur im medizinischen Sinn, sondern vor allem im psychologischen. Primo Levi, der als Mitglied der italienischen Resistenza 1943 verhaftet und nach Auschwitz deportiert wurde, schrieb: Die Verletzung, das Trauma, „überdauert die Zeiten; und die Erinnerungen, an die man schließlich doch glauben muß, quälen nicht nur den Peiniger (wenn sie ihn überhaupt quälen ...), sondern führen sein Werk noch fort, indem sie dem Gepeinigten den Frieden versagen.“ (Levi 1990, S.20)

An dieser Stelle beruft sich Levi nicht auf seine eigenen Traumata, die ihm die Nazis zugefügt haben, sondern er zitiert den österreichischen Philosophen Jean Améry, der im belgischen Widerstand war, von der Gestapo verhaftet und gefoltert wurde, um schließlich – weil er außerdem Jude war – nach Auschwitz deportiert zu werden. Améry schrieb: „Wer gefoltert wurde, bleibt gefoltert (...) Wer der Folter erlag, kann nicht mehr heimisch werden in der Welt. Die Schmach der Vernichtung läßt sich nicht austilgen. Das zum Teil schon mit dem ersten Schlag, in vollem Umfang aber schließlich in der Tortur eingestürzte Weltvertrauen wird nicht wiedergewonnen.“ (Zit. nach Levi 1990, S.21)

Jean Améry hat Auschwitz überlebt; er konnte aber – wie er es mehr als zehn Jahre zuvor geschrieben hat – nicht mehr heimisch werden in der Welt; er hat sich 1978 das Leben genommen. Auch Primo Levi, dem wir (vor allem in dem Buch „Die Untergegangenen und die Geretteten“) die vielleicht tiefsinnigsten und schärfsten Analysen über das Gedächtnis und das Erinnern verdanken, hat Auschwitz überlebt; und wenn er Améry – wie er schreibt, „nicht ohne Entsetzen“ – zitiert, so

hat er dies vielleicht mit der untrüglichen Vorahnung eines Traumatisierten getan; auch Primo Levi konnte nicht mehr heimisch werden in der Welt, auch nicht in der Welt der sogenannten Sieger; Primo Levi nahm sich 1987 das Leben.

Die Erinnerung an ein Trauma, z. B. an die Verletzung der seelischen oder körperlichen Integrität der Person, kann selbst ein Trauma sein, kann so schmerzen, als wäre die Erinnerung mit der Verletzung identisch. Primo Levi schrieb dazu: „Die Erinnerung an ein Trauma, ob es nun erlitten oder zugefügt wurde, ist an sich schon traumatisch, denn es schmerzt oder stört zumindest, wenn man es ins Gedächtnis zurückholt. Wer tief verletzt worden ist, neigt dazu, die Erinnerung daran zu verdrängen, um den Schmerz nicht zu erneuern; und derjenige, der diese Verletzung zugefügt hat, drängt seine Erinnerung in die Tiefe ab, um sich von ihr zu befreien, um sein Schuldgefühl zu beschwichtigen.“ (Levi 1990, S.20)

Hier haben wir die Erklärung für ein Phänomen, auf das wir auch bei unseren Recherchen zum „vergessenen“ KZ in Kärnten am Loiblpaß (Nordseite) gestoßen sind (vgl. Zausnig 1995). Zunächst haben wir geglaubt, die Überlebenden würden, nach 50 Jahren der Verleugnung und Mißachtung ihrer Leidensgeschichte durch Kärnten und durch Österreich, uns aus übervollem Herzen ihre Geschichte erzählen, mit allen Details und mit aller Verbitterung. Dann mußten wir erfahren, daß auch viele von ihnen 50 Jahre lang geschwiegen hatten und daß das Erzählen jene Erinnerungen qualvoll und schmerzhaft wachrief, die durch das Schweigen niedergehalten worden waren.

Daß die andere Seite schwieg, die Täter und die Mitläufer, das waren wir schon gewohnt. Das offizielle Kärnten schwieg, das „Kärntner Gedächtnis“ (Landesarchiv) und die sogenannte Kärntner Wissenschaft schwiegen zu den Verbrechen von SS und Wehrmacht in Kärnten und in den eroberten Gebieten. Wenn seitens der Kriegsgeneration gesprochen wurde, dann konnte man entweder die schon bekannten „Heldengeschichten“ hören oder „bequeme Wahrheiten“, wie Primo Levi die Konstruktion einer im Augenblick

erträglichen Wirklichkeit nennt. Die *bequemste Wahrheit* war, daß man keine Verbrechen gesehen hatte, nichts davon gehört hatte oder zumindest selbst nie dabei war. Primo Levi schreibt zu diesem Mechanismus der Erinnerungsverschiebung und Erinnerungsverfälschung:

„Unter solchen Umständen findet man durchaus Menschen, die ganz bewußt lügen und auf diese Weise die Wirklichkeit kaltblütig verfälschen, aber es gibt weitaus mehr Menschen, die die Anker lichten, sich für den Augenblick oder auch für immer von den ursprünglichen Erinnerungen lösen und sich eine bequemere Wirklichkeit zurechtzimmern. Ihre Vergangenheit belastet sie; sie empfinden Abscheu vor den Handlungen, die sie begangen oder erlitten haben, und neigen deshalb dazu, etwas anderes an ihre Stelle zu setzen. Das kann bei vollem Bewußtsein der realen Zusammenhänge einsetzen, mit einem erfundenen, verlogenen, wiederhergestellten Handlungsablauf, der aber weniger schmerzhaft ist als der wirkliche. Beschreibt man diesen Ablauf oft genug gegenüber anderen und sich selbst, verliert die Unterscheidung zwischen Wahrheit und Lüge allmählich ihre Konturen, und der Mensch glaubt schließlich mit voller Überzeugung an seine Geschichte, die er so oft erzählt hat und noch immer erzählt, wobei er die weniger glaubhaften oder die nicht miteinander übereinstimmenden oder die nicht zu dem später erworbenen Bild von den Ereignissen passenden Details glättet und bearbeitet: aus dem anfänglichen ‚Wider-besseres-Wissen‘ ist ‚Treu-und-Glaube‘ geworden. Der lautlose Übergang von der Lüge zum Selbstbetrug ist nützlich: wer auf ‚Treu-und-Glauben‘, lügt, lügt besser, spielt seine Rolle besser, findet leichter Glauben beim Richter, beim Historiker, beim Leser, bei Frau und Kindern.“ (Levi 1990, S.25)

Je länger dieser „lautlose Übergang von der Lüge zum Selbstbetrug“ praktiziert und von der Gesellschaft toleriert und honoriert wurde, desto mehr konnten sich die Täter als Opfer fühlen und mit Verständnis und sogar Mitgefühl rechnen. Am Kärntner Ulrichsberg geschieht dieser Übergang seit Jahrzehnten keineswegs mehr lautlos. Die Täter-Opfer-Umkehr ist dort zum quasi würdevollen Ritual des Ge-

denkens geworden, an dem sogar die höchsten politischen Amtsträger des Landes und der Republik teilhaben. Es wird dort nicht nur der eigenen „Heimkehrer“ und eigenen „Opfer“ gedacht, sondern auch, daß diese Kriegsgeneration Leid und Entbehrungen, vor allem nach 1945, stumm und geduldig ertragen hat. Opfer und Leid werden – ohne zu fragen, wofür sie erbracht worden sind und wer sie verlangt hat – zu allumfassenden Kategorien, mit denen jede Frage nach Mitschuld und Mithaftung für zugefügtes Leid vernebelt wird. Oft ist der Nebel bequemer als die klare Sicht.

Der deutsche Philosoph Karl Jaspers schrieb gleich nach 1945, wohl hätte jeder Deutsche Sorgen, starke Einschränkungen, Verluste und physisches Leid kennengelernt, aber: Es ist etwas ganz anderes, „ob einer sein Leid und seine Verluste im Kampf an der Front, zu Hause oder im KZ hatte; ob er zu den Gestapoverfolgten oder zu den Nutznießern des Regimes, wenn auch in Angst, gehörte. Fast jeder hat nächste Freunde und Angehörige verloren, wie aber er sie verloren hat, durch Kampf an der Front, Bomben, KZ oder den Massenmord seitens des Regimes, das hat sehr abweichende innere Haltungen zur Folge. – Die Not ist der Art nach verschieden. Die meisten haben nur für die eigene einen wirklichen Sinn. Jeder neigt dazu, große Verluste und Leiden als Opfer zu deuten, aber wofür dieses Opfer war, das ist so abgründig verschieden deutbar, daß es die Menschen zunächst trennt.“ (Jaspers 1979, S.17)

Was die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ hier in Klagenfurt an Bild und Text zeigt, ist angesichts der Neigung zur Täter-Opfer-Umkehr und der Tendenz, nur die eigenen Verluste (an Jugend, Gesundheit und „Idealismus“) zu betrauern, wirklich eine aufrüttelnde Herausforderung, eine Provokation, ein Aufruf, zu einer nochmaligen Umkehr der Perspektive. Es darf dabei, so schreibt Jaspers (1979, S.12/13), „keine Schranken geben durch schonende Zurückhaltung, keine Milde durch Verschweigen, keinen Trost durch Täuschung. Es gibt keine Frage, die nicht gestellt werden dürfte, keine liebgewordene Selbstverständlichkeit, kein Gefühl, keine Lebenslüge, die zu schützen wären“ (also auch

nicht die hehren Gefühle wie Mut, Tapferkeit, Treue und Ehre! P. G.). Und dann schreibt Jaspers – vor 50 Jahren, gerade so, als hätte er die Diskussion um die Wehrmachtsausstellung in Kärnten vor Augen –, daß

„Krieg und Nazis sind total scheiße!“

die Vernebelung durch den undifferenzierten Leid- und Opferbegriff noch gesteigert wird durch Uneinsichtigkeit und Nicht-nachdenken-Wollen. „Dies alles wird verschlimmert dadurch, daß so viele Menschen nicht eigentlich nachdenken wollen. Sie suchen nur Schlagworte und Gehorsam. Sie fragen nicht, und sie antworten nicht, außer durch Wiederholung eingelernter Redensarten. Sie können nur behaupten und gehorchen, nicht prüfen und einsehen, daher auch nicht überzeugt werden.“ (Jaspers 1979, S.17) Gehorchen und Behaupten bzw. Befehlen, das waren auch die Sozialisationsmuster, nach denen die Erziehung der Nazis verlief. Das Resultat ist bekannt (vgl. Gamm 1995).

Ich denke, daß Jaspers hier in bezug auf heute nur eingeschränkt zustimmen wäre. Gerade die Diskussion um die Ausstellung hat nicht nur die ewig-

„Wer dürfte es wagen, über Dinge zu urteilen, die er nicht selbst erlebt hat. Viel wichtiger als das Vergangene ist das Hier und Jetzt. Das kann ich beeinflussen.“

gestrigen Pflichterfüller in der Nazi-Wehrmacht auf den Plan gerufen, sondern auch viel Nachdenklichkeit, Erschütterung und viele Fragen an die Geschichte und an die Möglichkeit einer Wiederkehr des Schrecklichen. Es wurde auch gesagt, daß diese Ausstellung Gräben zwischen den Generationen aufreißt oder die Kluft noch vergrößert. Wahrscheinlich ist das richtig, und wahrscheinlich ist dies ein notwendiger Prozeß. Eine Einheit oder ein Konsens zwischen der schweigenden, sich selbst rechtfertigenden Generation der Kriegsteilnehmer und den kritisch nachfragenden Generationen der nach 1945 Geborenen wäre wohl eine Scheinharmonie, ein Eingeständnis, daß die Jungen entweder sich den Deutungen und vorge-

„Wie kann man die Deutsche Wehrmacht bzw. Waffen-SS so verurteilen. Der Deutsche Soldat hat von allen Kriegsteilnehmern am tapfersten, ritterlich-heldenhaftesten, mutigsten gekämpft. Leute, die sich wirklich befassen, glauben Eure Lügen nicht. Ich glaube an den Deutschen Soldat.“

fertigten Meinungen der „Helden von damals“ unterworfen haben oder ihren Schweigekonsens mittragen. Es könnte dann in der Tat so aussehen, daß sie den Mund nur deshalb halten müssen und keine eigene Meinung haben dürfen, weil sie damals nicht „dabei“ oder überhaupt noch nicht auf der Welt waren.

So kann es doch nicht sein, daß das Infragestellen von „Ehre“, „Ritterlichkeit“ und „Anständigkeit“ von Soldaten in einem rassistischen Vernichtungskrieg als *Spaltung der Generationen* ausgelegt wird. Aus zwei Gründen, so denke ich, kann so nicht argumentiert werden:

Erstens würde man der älteren Generation unrecht tun, weil sie doch in großen Teilen und auf weite Strecken nach 1945 tiefe Erschütterung und Einsicht in ihre schuldhafte Verstrickung in die europäische Katastrophe, in die sie Hitler geführt hatte, gezeigt hat. Ich zitiere nochmals Karl Jaspers, der nun wirklich nicht in Verdacht steht, ein „Linker“ oder gar ein

Vater der 68er-Generation zu sein, und der selbst nie verleugnet hat, daß er mit Herz und Seele ein begeisterter Deutscher ist; er formulierte nach 1945 vorsichtig-tastend, aber doch (und gerade im Zusammenhang mit unserer Ausstellung) eindeutig und klar, daß die Rede von der Ritterlichkeit und Anständigkeit des Wehrmachtssoldaten die Basis für ihre Glaubwürdigkeit (wohl für immer) verloren hat; beachtenswert ist, daß Jaspers diese Einsicht äußerte, Jahre bevor Spitzenpolitiker der alliierten Siegermächte aus Eigennutz und einsichtigen opportunistischen Gründen den Deutschen Landser über den grünen Klee zu loben begannen. Karl Jaspers: „Deutschland hat zahlreiche Handlungen begangen, die (außerhalb jeder Ritterlichkeit und gegen das Völkerrecht) zur Ausrottung von Bevölkerungen und zu anderen Unmenschlichkeiten führten. (...) Jede Forderung an Ritterlichkeit ist – auch wo zahlreiche einzelne Soldaten und ganze Truppenteile schuldfrei sind und ihrerseits sich stets ritterlich verhalten haben – hinfällig, wo die Wehrmacht als Organisation Hitlers verbrecherische Befehle auszuführen übernommen hat. Wo Ritterlichkeit und Großmut verraten wurden, können sie nachträglich nicht wieder zu eigenen Gunsten in Anspruch genommen werden. Dieser Krieg entstand nicht aus der Ausweglosigkeit zwischen Gleichgearteten, die ritterlich zum Kampfe schreiten, sondern war in Ursprung und Durchführung verbrecherische Tücke und bedenkenlose Totalität des Vernichtungswillens.“ (Jaspers 1979, S.38)

Zweitens: Es liegt in der Logik der Sache, daß „Erinnerungsarbeit“ für die Kriegsgeneration und für die nachgeborenen Generationen etwas ganz Verschiedenes bedeutet und bedeuten muß, eher etwas Trennendes als Verbindendes. Für die Kriegsgeneration heißt „Erinnerungsarbeit“ (im psychologischen Sinn), Vergegenwärtigung der eigenen Anteile an Schuld, persönlicher Verstrickung mit der Täter-Rolle, Mithaftung für den Weg ins Verderben, auch ins eigene Verderben, denn schließlich hat die Gefolgschaftstreue zur Hitlerarmee auch das deutsche Volk physisch und psychisch in die Katastrophe gestürzt und eine ganze Nation aus dem Kreis der zivilisierten Völker geführt.

Für die nachgeborenen Generationen heißt „Erinnerungsarbeit“: Fragen nach dem Mitwissen, nach dem Mit-tun, nach Schuld und Versagen der Väter und Großväter; also: „die Auseinandersetzung mit einer Last, die einem von der (...) Geschichte, ohne eigenes Dazutun, auferlegt worden war“ (Graf Kielmansegg 1989, S.73/74). So bleibt also scheinbar wenig Verbindendes, das die Generationen nach dem Holocaust mit den Kriegsteilnehmern als gemeinsames Erinnerungsprojekt ausgeben könnten. Graf Kielmansegg schreibt: „Es bleibt die Trauer, die in der Tat über die Generationen hinweg hätte verbinden können. Zur Trauer um die Opfer, zur Trauer um das Verlorene und Zerstörte hatten alle Deutschen Grund, welchen Alters sie auch immer waren. Aber es hat auch diese verbindende Trauer nicht gegeben.“ (1989, S.74)

Ich möchte abschließend die Hoffnung äußern, daß hier noch einiges „einzuholen“ ist, daß gerade solche Bilder, wie sie in der Wehrmachts-Ausstellung gezeigt werden, Gefühle der Erschütterung wachrufen können, die an Trauer und Schmerz heranreichen. Weniger vielleicht die Texte, aber doch die Bilder vermitteln etwas, das auch unter den stärksten psychischen Abwehrpanzer zu dringen vermag: die Angst vor dem größten Trauma des Menschen; es ist wahrscheinlich nicht die Todesangst selbst, sondern die Angst vor der totalen Erniedrigung und völligen Auslöschung der eigenen Identität.

Erinnern an diese Zeit (oder das Erinnert-werden) kommt also an psychischen Schmerzen wie Trauer und Angst nicht vorbei; all dies sind Gefühle, die jeder gerne vermeiden möchte. Dem nicht auszuweichen, erfordert intellektuelle Anstrengung, weil gegen emotionale Widerstände, gegen Angst- und Schmerzvermeidung, gegen die „Gnade des Vergessenwollens“ vorgegangen werden muß. Diese Anstrengung der Erinnerung auf sich zu nehmen, ist aber wichtig, um ein Zukunftskonzept, ein Konzept von zukünftigem Leben unter humanen gesellschaftlichen Bedingungen entwickeln zu können, um die konkrete Utopie der Gleichheit und der Unantastbarkeit der menschlichen Würde überhaupt denken und in Zukunft einmal leben zu können. ■

Peter Gstettner ist Professor am Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung an der Universität Klagenfurt. Der Beitrag ist eine leicht gekürzte Fassung des Referats, das Gstettner am 25.9.1996 in Klagenfurt im Rahmen der Wehrmachtsausstellung gehalten hat.

Literatur:

- Gamm, H.-J.: Rudolf Höß – Kommandant von Auschwitz. Eine deutsche Erziehungsminiatur. In: Jahrbuch für Pädagogik 1995. Auschwitz und die Pädagogik. Frankfurt 1995, S.19–38.
- Giordano, R.: Die zweite Schuld oder Von der Last Deutscher zu sein. Hamburg/Zürich 1987.
- Graf Kielmansegg, P.: Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Berlin 1989.
- Gstettner, P.: Zum Umgang mit Faschismus und Widerstand in Österreich nach 1945 am Beispiel Kärntens. In: Himmelstein, K./Keim, W. (Hg.): Die Schärfung des Blicks. Pädagogik nach dem Holocaust. Frankfurt/New York 1996, S.237–257.
- Jaspers, K.: Die Schuldfrage. Für Völkermord gibt es keine Verjährung. München 1979.
- Langbein, H.: Darf man vergessen. In: Pelinka, A./Weinzierl, E. (Hg.): Das große Tabu. Österreichs Umgang mit seiner Vergangenheit. Wien 1987, S.8–16.
- Levi, P.: Die Untergegangenen und die Geretteten. München/Wien 1990.
- Scharsach, H.-H.: Haiders Clan. Wie Gewalt entsteht. Wien/München/Zürich 1995.
- Zausnig, J.: Der Loibl-Tunnel. Das vergessene KZ an der Südgrenze Österreichs. Mit einem Vorwort von Peter Gstettner. Klagenfurt/Celovec 1995.

Militärische Notwendigkeiten

Noch dieses Jahr muß ein neues Zivildienstgesetz beschlossen werden. Der Beamtenentwurf zu einer Gesetzesnovelle liegt nun vor. Die Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit kritisiert die vom Innenministerium vorgelegten Vorschläge, da sie die Schlechterstellung der Zivildienstler fortschreibt.

VON CHRISTIAN MOKRICKY UND PETER STEYRER

Der vorliegende Entwurf übergeht die von Jugend- und Zivildienstorganisationen seit langem erhobenen Forderungen nach der Gleichstellung von Wehr- und Zivildienstern. Er brächte Österreich im EU-Vergleich die schlechteste Zugangsregelung zum Zivildienst und die im Verhältnis zum Wehrdienst längste Dauer.

Die Wehrpflichtigen, die aus Gewissensgründen den Wehrdienst verweigern wollen, wären mit den unterschiedlichsten Fristen konfrontiert. Neu gemusterte Wehrpflichtige müßten bis einen Tag vor Erhalt des Einberufungsbefehls eine Zivildienstklärung einbringen (siehe Grafik).

Jene, die nach dem 1.1.1992 tauglich wurden, könnten genau fünf Jahre nach dem Tauglichkeitsbescheid sechs Wochen lang erneut eine Zivildienstklärung einbringen. Alle, die vor dem 1.1.1992 gemustert wurden, wären von jedem Antragsrecht ausgeschlossen.

Gewissensfreiheit bleibt eingeschränkt

„Nicht die Gewissensgründe geben den Ausschlag für die Zugangsmöglichkeit, sondern sogenannte militärische Notwendigkeiten“, stellt die Zivildienstsprecherin im Grünen Parlamentsklub, Theresia Haidlmayr, fest. Gerald Gmachmeir von der Friedenswerkstatt Steyr rüttelt am Schreckgespenst Zivildienstkommission: „Wer gar kein Recht hat, Zivildienst zu beantragen, für den ist es auch gleichgültig, ob es eine Gewissensprüfungskommission gibt oder nicht, wie lange

der Zivildienst dauert und ähnliches.“ Eine Rückkehr zur Zivildienstkommission möchte natürlich niemand. Doch die Frist, Zivildienst zu beantragen, war früher wesentlich länger.

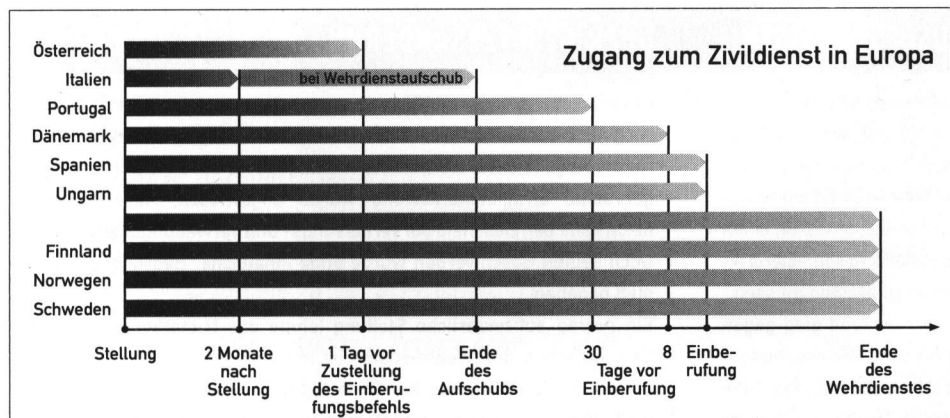
Verlängerung des Zivildienstes

Die Zivildienstdauer soll dem Entwurf des Innenministers zufolge auf zwölf Monate verlängert werden. In einen zweiwöchigen Urlaubsanspruch sollen sowohl Dienstfreistellungen als auch Krankheiten bis zu drei Tagen eingerechnet werden (siehe Grafik).

Der 14tägige Urlaub ist die Mompelackung, um die drohende Zivildienstdauer von zwölf Monaten zu verdecken. Zu dieser Verlängerung meint sogar ÖVP-Jugendlandesrat Walter Aichinger aus Oberösterreich: „Zwölf Monate Zivildienst sind zu lange, von einer Gleichbelastung von Wehr- und Zivildienstern kann nicht die Rede sein.“ Auch der oberösterreichische SPÖ-Landesvorsitzende Fritz Hochmair sieht in der längeren Dienstzeit eine „Diskriminierung“ der Zivildienstler. Hochmair entschuldigt Innenminister Caspar Einem, der seiner Meinung nach „lieber heute als morgen von diesem Punkt der Novelle Abstand nehmen würde“.

Bereits bei den letzten Gesetzesnovellen wurden viele Verschärfungen des Zivildienstrechtes von der SPÖ in Kauf genommen, um eine Zivildienstdauer von zwölf Monaten zu verhindern. Caspar Einem meinte noch vor einem Jahr, daß ein längerer Zivildienst weder inhaltlich noch formal gerechtfertigt sei, verlangt doch das Zivildienstgesetz eine ähnliche Belastung von Zivil- und Wehrdienstern.

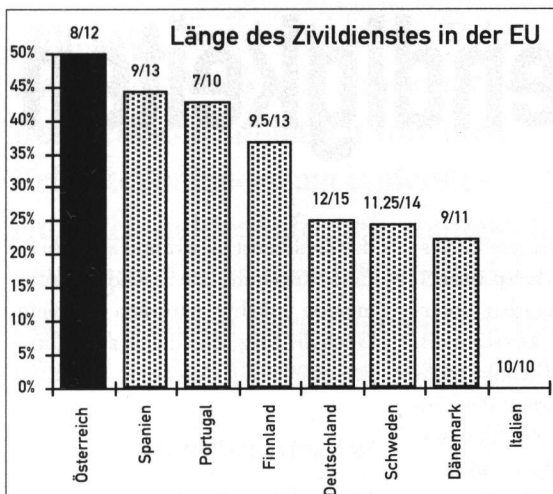
Daß sich rechts und links leicht verwechseln lassen, geht auch aus den Stellungnahmen des schwarzen Rechnungshofpräsidenten beziehungsweise des roten Finanzministers hervor. So stellt Rechnungshofpräsident Fiedler fest, daß die Verlängerung um einen Monat jährlich etwa 59 Millionen Schilling Mehrkosten verursachen und dadurch das Budget stark bela-



Wie die Grafik entlang einer symbolischen Zeitlinie veranschaulicht, ist in keinem anderen europäischen Land die Frist, innerhalb derer Wehrpflichtige Zivildienst beantragen können, so kurz wie in Österreich. In manchen Ländern ist ein Zivildienst Antrag noch während des Wehrdienstes möglich, in den meisten anderen bis kurz vor den Einberufungstermin – also jener Tag, an dem der Wehrpflichtige erstmals zum Militär einrücken muß.

Nur in Österreich soll die Frist nun an den einige Monate davorliegenden Tag gebunden werden, an welchem das Bundesheer dem Wehrpflichtigen den Befehl zuschickt, daß er demnächst einrücken muß. Das Problem daran: Erst an dem Tag, an dem der Wehrpflichtige seinen Einberufungsbefehl in der Hand hält, weiß er, daß seine Frist bereits gestern abgelaufen ist, ihm der Zugang zum Zivildienst daher verwehrt bleibt.

Etwas speziell ist die Situation in Italien. Dort gibt es zwar eine nur zweimonatige Frist für die Antragstellung nach der Stellung, wird der Wehrdienst aber aufgeschoben, kann ein Zivildienst Antrag solange gestellt werden, bis der Aufschub endet.



Die Grafik zeigt in Prozent, um wieviel der Zivildienst länger dauert als der Wehrdienst. Die Zahlen über den Balken geben die Länge des Wehrdienstes/Zivildienstes in Monaten an. Nur in Österreich dauert der Zivildienst künftig mit 12 Monaten um 50 % Prozent länger als der Wehrdienst mit 8 Monaten. In Italien wurde die ursprünglich doppelte Länge des Zivildienstes für verfassungswidrig erklärt. Seitdem dauern Wehr- und Zivildienst gleich lang. Jene EU-Staaten, in denen die Wehrpflicht bereits abgeschafft wurde oder deren Abschaffung beschlossene Sache ist (Belgien, Niederlande, Frankreich), wurden nicht in die Grafik aufgenommen.

sten wird. Finanzminister Klima in seiner Begutachtung des Einem-Entwurfes: „Die Notwendigkeit einer verstärkten Beschränkung der Aufschiebmöglichkeiten ist umso mehr gegeben, um die Zivildienstpflichtigen in einem möglichst niedrigen Lebensalter den Zivildienst ableisten zu lassen und solcherart Einsparungspotentiale auch tatsächlich zu realisieren.“ Diese Einsparungspotentiale belaufen sich auf bis zu zehn Millionen Schilling. Zur Zivildienstverlängerung hingegen fallen dem roten Finanzminister keine Budgetargumente ein.

Neue Einsatzgebiete

Die Erweiterung der Einsatzgebiete auf Umwelt-, Kinder- und Jugendorganisationen ist ein Ansatz für einen alternativen Zivildienst. Solange es jedoch gleichzeitig Dienstleistungen bei der Polizei gibt, kann keineswegs von einem alternativen Friedensdienst gesprochen werden.

Die Friedenswerkstatt Steyr glaubt, daß „eine flächendeckende Zivildienstinformationstätigkeit nur durch Unterstützung der regionalen Friedens- und Jugendorganisationen“ möglich sei, da die „Schwelle Ministerium“ für viele zu hoch sei.

Beibehalten werden soll das Bonussystem für die Verpflegung der Zivildienstler. Landesrat Aichinger (ÖVP/OÖ) verlangt eine Pauschalierung der Verpflegungskosten, damit die Zivildienstler nicht „ihren Lebensunterhalt vorfinanzieren müssen“.

Eine Vertretung der Zivildienstleistenden im Sinne eines Betriebsrates ist im Gesetz nicht vorgesehen. Die Plattform der Zivildienstleistenden Österreichs legte demgegenüber einen umfassenden Vorschlag für eine Interessenvertretung auf Landes- und Bundesebene vor.

Das Netzwerk Gewissensfreiheit meint, „daß der Zivildienst durch die Einbindung in die Umfassende Landesverteidigung (ULV) weiterhin ein Teil der militärischen Sicherheitspolitik“ ist. Die Entwicklung von Alternativen zur militärischen Sicherheits-

politik im Rahmen eines eigenen Dienstes außerhalb der ULV würde „der Entkriminalisierung totaler Gewissensverweigerer dienen“.

BürgerInneninitiative

Die BürgerInneninitiative „Freiheit für das Gewissen“ soll noch vor der Behandlung der Zivildienstgesetznovelle im Nationalrat eingebracht werden. Bis zum 23. September 1996 lagen 1000 Unterschriften vor. Das Netzwerk Gewissensfreiheit möchte im Oktober noch weitere Unterschriften sammeln und diese dem Nationalrat mit den Forderungen zur Gleichbehandlung von Wehr- und Zivildienstern übergeben. Noch ist Gelegenheit, sich der Petition anzuschließen (siehe Seite 31).

Die gemeinsame rechtliche Stellungnahme der Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung und des Netzwerks Gewissensfreiheit zum Gesetzesentwurf senden wir auf Wunsch gerne zu.

Spenden für die BürgerInneninitiative „Freiheit für das Gewissen“!

Damit das Netzwerk Gewissensfreiheit seine Arbeit im Interesse der Zivildienstler fortsetzen kann, bittet es um Spenden. Hierfür kann der der ZOOM beiliegende Erlagschein benützt werden. Bitte unbedingt als Kennwort „Petition“ angeben. Danke!

VOM ZIVILDIENT GESETZLICH AUSGESCHLOSSEN

1980 leistete Peter Zwiauer seinen Grundwehrdienst, durfte aber schon nach zwei Monaten abrüsten. Der Grund: Sein Dienstgeber, die Post, brauchte ihn dringend. Er wurde aus öffentlichem Interesse befreit. Das Thema Heer schien für ihn damit erledigt. Mitnichten. 1994 erhielt er kurioserweise gleich zwei Einberufungsbefehle und stellte daraufhin einen Zivildienst Antrag. Zu spät: Er hätte seinen Zivildienst Antrag spätestens einen Monat nach Abschluß des Stellungsverfahrens einbringen müssen. „Ich will nur gleichbehandelt werden“, sagte Zwiauer und ging gegen die Negativbescheide des Innenministeriums bis zum Verfassungsgerichtshof, der seine Beschwerde ebenfalls ablehnte. Für 20. Mai 1996 erhielt er einen Einberufungsbefehl in die Kaserne Zwölfaxing, dem er nicht Folge leistete.

„Warum“, fragt Zwiauer, „darf ich keine Gewissensgründe haben?“ Jetzt hat er ein Strafverfahren wegen Nichtbefolgung des Einberufungsbefehls am Hals. „amnesty international“ hat bereits angekündigt, ihn im Falle einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe als Gewissensgefangenen zu adoptieren. Im Fristenschmelger des Zivildienstes hatte Zwiauer nie die Möglichkeit, seinen Gewissenswandel geltend zu machen.

ÜBER GESETZESÄNDERUNG NICHT INFORMIERT

Oliver Roman wurde vor 1994 gemustert. Da er von der Gesetzesänderung nicht informiert war, versäumte er die einmonatige Übergangsfrist für die Abgabe einer Zivildienst Erklärung. Seine am 25. April 1994 eingebrachte Zivildienst Erklärung wurde abgewiesen. Oliver Roman bekämpfte den Bescheid bei Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshof. Doch seinen Beschwerden wurde ohne inhaltliche Begründung nicht statt gegeben.

Ein Antrag auf neuerliche Stellung lehnte das Militärkommando ab. Sein Aufschieben des Wehrdienstes ist mit vollendetem 28. Lebensjahr abgelaufen. Oliver Roman hat einen Antrag auf neuerliche Stellung gestellt. Muß er einrücken, wird Roman aus Gewissensgründen die Waffe verweigern.

Oliver Roman fordert einen Kulturdienst außerhalb der Umfassenden Landesverteidigung, der mit Mitteln der Kunst gewaltfreie Konfliktlösungswege entwickeln soll. Er ist bereit, den Kulturdienst zu organisieren. Ziel des Kulturdienstes ist es, kritische kulturelle Auseinandersetzung zu den Themen Krieg, Macht, Unterdrückung, Folter, gewaltfreie Konfliktlösungsmodelle und positive Lebensgestaltung zu fördern.



NOTRUF SOLIDARITÄTS-FEST

Lassie Singers Mitschnitten
mit BdF Bloody Mary



notruf
beratung für vergewaltigte
frauen und mädchen
523 22 22

Fr, 25. Oktober 19 Uhr

E.K.H.
10., Wielandg. 2-4
U1 Keplerplatz

ARMEEABSCHAFFUNGSWEIN

Chardonnay • Riesling Sylvaner •
Pinot Noir • Blauer Portugieser •
Sekt • Weinkarte (gratis)

DEVOTIONALIENHANDEL

T-Shirt „Asyl für Deserteure“ •
Langarm T-Shirt „Wenn ich
groß bin, werde ich Totalverweigerin“ •
Plakat „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerer“ •
Kondome „Keine Soldaten für ‚Unser Heer‘“ •
Anstecknadel „Zerbrochenes Gewehr“



ZOOM -JAHRESABO öS 250,-

Für Förderinnen und Förderer einen

ZOOM -BAUSTEIN öS 800,-

Bestellungen oder Anfragen an: ZOOM,
Schotteng. 3A/I/59, 1010 Wien, Tel.: 535 11 06

Mit der Verlängerung des Zivildienstgesetzes Ende 1995 wurde eine Regelung verlängert, die vielen Zivildienstleistenden das Recht auf Wehrdienstverweigerung nahm. Auch die Einigung der Koalitionsparteien über die – für dieses Jahr geplante – Zivildienstgesetzesnovelle schafft keine befriedigende Lösung.

BürgerInneninitiative / Petition

Freiheit für das Gewissen!

Für die Neufassung des Zivildienstgesetzes fordert der/die UnterzeichnerIn von den Parlamentsabgeordneten:

- Keine Einschränkung der Gewissensfreiheit.
- Die Abgabe einer Zivildiensterklärung muß jederzeit möglich sein!
- Gleiche Dauer von Wehr- und Zivildienst (= acht Monate)!
- Der Aufschub aus Gründen der Berufsausbildung muß bleiben – jetzige Regelung beibehalten!
- Gleiche Entlohnung von Wehr- und Zivildienern!

Name:

Adresse:

Geburtsdatum:

Unterschrift

Retour an: Netzwerk Gewissensfreiheit, Schotteng. 3A/I/59, 1010 Wi-

Die Leichen im Keller der Neutralität



Diskussionsveranstaltung
und Präsentation der
Broschüre „Es muß nicht
immer GLADIO sein“

Montag,
28. Oktober 1996
20 Uhr

Republikanischer Klub
1010, Rockhg. 1

DiskussionsteilnehmerInnen:

Willibald Berenda • Als Chef des Entminungsdienstes im Innenministerium verantwortlich für die Räumung der Waffenlager im Rahmen der „Operation Wühlmaus“

Fritz Molden • Verleger, ehemaliger Widerstandskämpfer und Verbindungsmann zum US-Geheimdienst OSS

Oliver Rathkolb • Zeithistoriker, Mitglied der Historikerkommission zu den Waffenlagern

Karl-Peter Schwarz • stv. Chefredakteur „Die Presse“

Welchen Einfluß hatte die geheime US-Außenpolitik – das Anliegen von Waffenlagern, die Rekrutierung ehemaliger Nationalsozialisten, ... – auf die österreichische Innenpolitik, Remilitarisierung und Neutralität? Fünf Jahre nach Ende des kalten Krieges ist es an der Zeit, mehr Licht in die noch immer im Dunkeln liegenden Aspekte der Nachkriegsgeschichte zu bringen.

Wir hoffen, gemeinsam mit den geladenen DiskussionsteilnehmerInnen im Keller der österreichischen Neutralität ein wenig fündig zu werden. Es werde Licht? Graben Sie mit uns!

**Wo Unrecht
zu Recht wird,
wird Widerstand
zur Pflicht!**

STOPPT NATO & WEU!



Sozialistische Jugend Österreich